

Auslandsgeschäftsabsicherung der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung unterstützt mit den Förderinstrumenten Exportkredit- und Investitions Garantien sowie Garantien für Ungebundene Finanzkredite die Auslandsaktivitäten der deutschen Wirtschaft und sichert dadurch Wachstum und Arbeitsplätze. Hierfür übernimmt die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche und politische Risiken aus Exportgeschäften sowie politische Risiken bei Auslandsinvestitionen. Darüber hinaus können wirtschaftliche und politische Risiken von Ungebundenen Finanzkrediten zur Finanzierung von förderungswürdigen Vorhaben abgesichert werden.

Mit der Geschäftsführung dieser Fördermaßnahmen hat die Bundesregierung ein Mandatarkonsortium, bestehend aus der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der Euler Hermes Aktiengesellschaft, beauftragt.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

UNSERE PARTNER



EULER HERMES

PricewaterhouseCoopers AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Investitions Garantien der
Bundesrepublik Deutschland

Postadresse

Postfach 60 27 20
22237 Hamburg

Hausanschrift

Gasstraße 27
22761 Hamburg

Telefon: +49 (0)40 / 88 34-90 00
Telefax: +49 (0)40 / 88 34-94 99

info@investitions Garantien.de
www.agaportal.de

Außendienst: Berlin, Frankfurt,
Hamburg, Köln, München, Stuttgart

JAHRESBERICHT 2013



INVESTITIONSGARANTIEN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

► **Direktinvestitionen Ausland**

**INVESTITIONSGARANTIEEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND AUF EINEN BLICK
BETRÄGE IN MIO. EUR**

	2009	2010	2011	2012	2013
Garantieanträge					
Anzahl	166	140	155	138	108
Volumen (Höchstbeträge)	10.101,5	7.620,8	6.553,5	8.238,0	3.676,8
Übernommene Garantien					
Anzahl	115	129	131	123	116
Volumen (Höchstbeträge)	3.012,1	5.817,7	5.158,7	6.074,5	2.982,5
Geförderte Projekte					
Anzahl	76	83	86	92	76
in Ländern	24	24	26	22	17
Obligo der Bundesrepublik Deutschland aus dem valutierenden Garantiebestand (Jahresende)					
Anzahl	778	788	820	808	803
Höchsthaftungsbeträge	24.272,0	27.681,0	31.021,3	32.734,2	33.423,2

Investitionsgarantien der Bundesrepublik Deutschland
Direktinvestitionen Ausland

JAHRESBERICHT 2013



Sehr geehrte Damen und Herren,

Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft haben eine lange Tradition. Auch im vergangenen Jahr haben deutsche Unternehmen wieder große Summen in Auslandsprojekte investiert, vor allem in wachstumsstarken Entwicklungs- und Schwellenländern. Das ist ein positives Signal. Denn solche Auslandsinvestitionen tragen auch zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen in Deutschland bei. Oft geht es bei den entsprechenden Projekten vor allem um

eine bessere Markterschließung vor Ort und größere Absatzchancen. Doch die Sorge vor unzureichendem Rechtsschutz im Ausland sowie vor Konvertierungs- und Kriegsrisiken droht in manchen Fällen den wirtschaftlich sinnvollen Schritt ins Ausland zu verzögern oder gar zu verhindern. Aus diesem Grund stellt die Bundesregierung bereits seit mehr als 50 Jahren staatliche Investitionsgarantien zur Verfügung. Sie bieten Schutz gegen unkalkulierbare politische Risiken und helfen damit deutschen Unternehmen bei der Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich profitieren die Menschen vor Ort. So wurden im letzten Jahr zahlreiche deutsche Projekte in der MENA-Region abgesichert. Mit den entsprechenden Investitionsgarantien leisteten wir also ganz konkret auch einen Beitrag zur Stabilisierung im Mittleren Osten und Nordafrika.

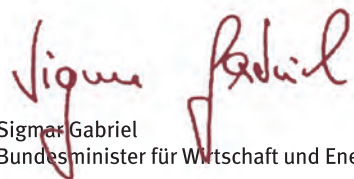
Besonders wichtig ist mir, den deutschen Mittelstand stärker als in der Vergangenheit zu unterstützen. Deshalb freut mich, dass letztes Jahr bereits fast jede vierte Investitionsgarantie für kleine und mittelständische Unternehmen übernommen wurde. Ihr Anteil konnte damit im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesteigert werden. Daran wollen wir weiter anknüpfen.

Insgesamt wurden 2013 Investitionsgarantien in Höhe von drei Milliarden Euro übernommen. Auf Asien entfiel dabei erneut die Mehrzahl der neuen Garantien. Am stärksten nachgefragt waren Garantien für Projekte in Russland, China und Saudi-Arabien. Der Branchenschwerpunkt lag bei der Chemieindustrie. Der hohe Bestand an offenen Anträgen Ende 2013 (7,5 Milliarden Euro) verdeutlicht einmal mehr die anhaltend starke Nachfrage nach Investitionsgarantien. Dass 34 Prozent aller neuen Garantienehmer 2013 erstmals eine Investitionsgarantie erhalten haben, unterstreicht dies zusätzlich.

Politische Risiken, die zu Entschädigungen führen, wirken sich nicht nur auf die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Gastländern aus. Meist zieht sich das betroffene Unternehmen danach dauerhaft aus dem Markt zurück. Die Bundesregierung hat sich daher auch 2013 nachdrücklich dafür eingesetzt, solche Schadensfälle abzuwenden.

Der anliegende Bericht belegt erneut: Investitionsgarantien sind wesentlicher Teil der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Das gilt umso mehr, als deutsche Engagements im Ausland zur Sicherung und zum Ausbau deutscher Arbeitsplätze beitragen. Daher hoffe ich auch für 2014 auf ein erfolgreiches Jahr für die Investitionsgarantien des Bundes!

Ihr



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie



8 Das Jahr im Überblick

22 Arabische Halbinsel – Chancen und Risiken

28 Investitionsgarantien und Außenwirtschaftsförderung

10 Ergebnis des Geschäftsjahres

16 Investitionsförderungs- und -schutzverträge (IFV) – aktuelle Entwicklungen

17 Länderentscheidungen

18 Internationale Zusammenarbeit

20 Exkurs:
Weltweit handeln – Staatliche Exportkreditgarantien

21 Krisenmanagement und Schäden

24 Die Arabische Halbinsel als Ziel deutscher Investoren

30 Grundlagen der Investitionsgarantien

31 Der Interministerielle Ausschuss (IMA) – Schwerpunkte der Aufgaben im Berichtsjahr

32 Förderungswürdigkeit und Nachhaltigkeit



Entwicklung der
34 Investitionsgarantien

50 Garantiebestand

54 Anhang

36 Direktinvestitionen weltweit

38 Garantienehmerumfrage 2013

Trends bei den
44 Investitionsgarantien

Haushaltsrechtliche
Ermächtigung und Stand der
52 Höchsthaftung (Obligo)

53 Finanzielle Auswirkungen
auf den Bundeshaushalt

Definitionen
54 und Erläuterungen

54 Anmerkungen

54 Bildnachweise



DAS JAHR IM ÜBERBLICK

IM JAHR 2013 WURDEN NEUE GARANTIEEN MIT EINEM VOLUMEN VON DREI MILLIARDEN EURO ÜBERNOMMEN. ASIEN BILDETE DABEI ERNEUT DEN REGIONALEN SCHWERPUNKT. ERSTMALIG TAUCHEN SAUDI-ARABIEN UND

BRASILIEEN UNTER DEN STARK NACHGEFRAGTEN LÄNDERN AUF. DER BRANCHENFOKUS LAG AUF DER CHEMISCHEN INDUSTRIE. DIE BUNDESREGIERUNG WAR ZUDEM BEI VIELEN PROJEKTEN SCHADEN VERMEIDEND TÄTIG.



DURCH DIE GRANDFATHERING-VERORDNUNG DER EU IST SICHERGESTELLT, DASS DIE BESTEHENDEN DEUTSCHEN INVESTITIONSFÖRDERUNGS- UND -SCHUTZVERTRÄGE (IFV) BIS AUF WEITERES GÜLTIG BLEIBEN. INTERNATIONAL LAGEN DIE GARANTIEEN DES BUNDES ERNEUT AN ERSTER STELLE BEIM GARANTIEBESTAND.

ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES

10 ■

Die Entwicklung im Jahr 2013 lässt sich wie folgt zusammenfassen:



► Das **GARANTIEVOLUMEN** fiel mit 3,0 Milliarden Euro zwar niedriger als im Vorjahr (6,1 Milliarden Euro) aus. Allerdings wurden bereits Ende 2013 Anträge für zwei Großprojekte mit einem Gesamtvolumen von 3,5 Milliarden Euro im Interministeriellen Ausschuss (IMA) eingehend erörtert. Die Garantieübernahmen hierfür werden voraussichtlich Anfang 2014 erfolgen. Das Ergebnis liegt damit insgesamt erneut auf sehr hohem Niveau und bestätigt den Trend einer verstärkten Nachfrage aus den letzten Jahren. Die **ANZAHL DER GENEHMIGTEN ANTRÄGE** betrug 116 (2012: 123); dies entspricht in etwa dem Mittelwert der vorangegangenen zehn Jahre.

- Die Zahl der **PROJEKTE** (76) ging zwar zurück (2012: 92), entspricht aber ebenfalls dem zehnjährigen Durchschnittswert. Im Berichtsjahr verteilten sich die abgesicherten Projekte auf 17 Länder; mit Israel und Nicaragua waren darunter auch wieder bislang eher selten nachgefragte Länder.
- **REGIONALER SCHWERPUNKT** beim neuen **GARANTIEVOLUMEN** mit 52 % war erneut Asien (insbesondere China, Saudi-Arabien, Indien) vor Europa mit 41 % (zumeist Russland, Ukraine) sowie Mittel- und Südamerika mit 6 % (Schwerpunkt Brasilien) und Afrika mit 1 % (überwiegend Tunesien). Besonders bemerkenswert ist, dass Brasilien und Saudi-Arabien im Jahr 2013 zu den fünf am stärksten nachgefragten Ländern zählten.
- Gemessen an der Anzahl der übernommenen Garantien lag die **BRANCHE** der chemischen Industrie deutlich an erster Stelle. Der sekundäre Sektor war mit drei Viertel der neu übernommenen Garantien insgesamt führend. Der Anteil des tertiären Sektors (vorrangig Dienstleistungs- und Finanzierungsgesellschaften) lag mit 22 % an zweiter Stelle vor den ausschließlich landwirtschaftlichen Projekten des primären Sektors.

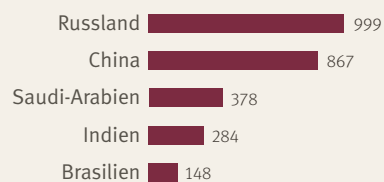
WICHTIGSTE LÄNDER BEI DEN ÜBERNOMMENEN GARANTIEEN NACH DER ANZAHL DER GARANTIEEN 2013



Summe 2013: 89 (76,7 %)

Gesamt 2013: 116 (100 %)

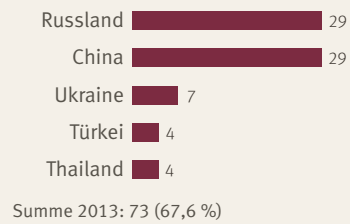
WICHTIGSTE LÄNDER BEI DEN ÜBERNOMMENEN GARANTIEEN NACH DEM VOLUMEN (HÖCHSTBETRAG) DER GARANTIEEN 2013 IN MIO. EUR



Summe 2013: 2.676 (89,7 %)

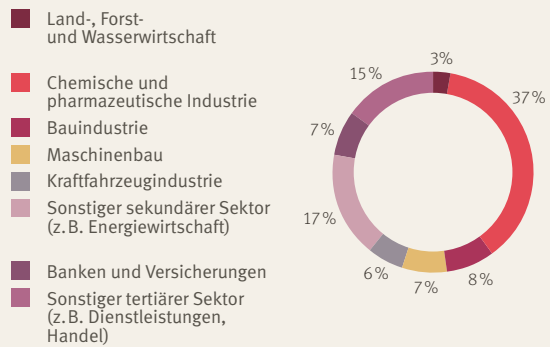
Gesamt 2013: 2.983 (100 %)

WICHTIGSTE LÄNDER BEI DER ANZAHL DER NEU REGISTRIERTEN ANTRÄGE 2013



Gesamt 2013: 108 (100 %)

ANZAHL DER ÜBERNOMMENEN GARANTIEN NACH BRANCHEN UND SEKTOREN 2013 IN %



- ▶ Im Jahr 2013 wurden nur für **BETEILIGUNGEN** und **DARLEHEN** Garantien übernommen. Dabei lag der Schwerpunkt sowohl bei der Anzahl (67,2 %) als auch beim Volumen (53,6 %) auf Beteiligungen.
- ▶ Rund 34 % aller **NEUEN GARANTIENEHMER** haben im Jahr 2013 erstmalig eine Investitionsgarantie erhalten.
- ▶ Es können **INVESTITIONEN JEDLICHER GRÖSSENORDNUNG** abgesichert werden. Im Jahr 2013 wurden Garantien von rund 47.000 Euro bis 260 Millionen Euro übernommen.
- ▶ Knapp jeder vierte genehmigte Antrag wurde von **KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN** gestellt. Dies entspricht einer Steigerung von fast 60 % im Vergleich zum Vorjahr. Zudem wurden zwei Drittel der 78 **ANFRAGEN** im Berichtsjahr ebenfalls von kleinen und mittelständischen Unternehmen gestellt.
- ▶ Der **ANTRAGSEINGANG** fiel sowohl beim Volumen (3,7 Milliarden Euro) als auch bei der Stückzahl (108) geringer als in den Vorjahren aus. Unter den neu registrierten Anträgen waren vor allem Projekte in Russland und China vor der Ukraine.
- ▶ Die Anzahl der Garantien im Bestand hat sich Ende 2013 (803) im Vergleich zum Vorjahr (808) leicht reduziert. Die **HÖCHSTHAFTUNG** stieg dagegen von 32,7 Milliarden Euro auf den Rekordwert von 33,4 Milliarden Euro.
- ▶ Die Bundesregierung war auch im Jahr 2013 bei zahlreichen Projekten **SCHADEN VERMEIDEND** tätig. Besonders hervorzuheben sind hierbei Vorhaben in Russland sowie Projekte in Usbekistan und in der Ukraine. Zudem wurden Gerichts- und Anwaltskosten in Höhe von 0,4 Millionen Euro in Zusammenhang mit einem bereits seit längerem anerkannten Schadensfall in Argentinien erstattet.
- ▶ **INTERNATIONAL** lagen die Investitionsgarantien beim Garantiebestand unter allen Versicherern weltweit an erster Stelle.
- ▶ Im **ERGEBNIS** hat sich das Garantieinstrument auch im Jahr 2013 aus den erhobenen Gebühren und Entgelten selbst getragen.



Ritter Sport steigt tiefer in die Wertschöpfungskette ein und investiert in Nicaragua

2012 erwarb das mittelständische Familienunternehmen 2.500 ha Land im Osten von Nicaragua und investiert in den Aufbau von „El Cacao“, eine der weltweit größten Kakaoplantagen. Dabei entsteht eine Plantage mit Modellcharakter, die künftig ökologisch und sozial nachhaltigen Kakao für die Ritter Sport Schokolade liefern soll. Der Hersteller der bekannten bunten Schokoladene Quadrate beschreitet damit eine neue Dimension in der eigenen Wertschöpfungskette. Der Einstieg in den Eigenanbau von Kakao in Nicaragua schafft dem Unternehmen einerseits ein Stück Unabhängigkeit von Börsenpreisen, andererseits ermöglicht er, maximalen Einfluss auf die sozialen wie auch ökologischen Bedingungen vor Ort zu nehmen. Mit rund 1.500 ha Anbaufläche soll „El Cacao“ langfristig circa 30 % des Bedarfs an Kakaomasse für die Ritter Sport Quadrate decken.

Dieser eher ungewöhnliche Schritt für einen vergleichsweise kleinen mittelständischen Schokoladenhersteller ist die Fortschreibung des fast 25-jährigen Engagements in Nicaragua. Bereits seit 1990 unterstützt Ritter Sport

nicaraguanische Kleinbauern beim nachhaltigen Anbau von Kakao. Know-how-Unterstützung und faire Abnahmepreise sichern

die Lebensgrundlage vieler Kleinbauern, agroforstwirtschaftliche Anbaumethoden schützen Natur und Umwelt.

Für die Gesamtinvestition des Projekts über eine Laufzeit von zehn Jahren wurde eine Bundesgarantie für Direkt-

investitionen übernommen. Die Absicherung gegen die politischen Risiken dieser Investition durch die Bundesgarantie gibt dem Mittelständler einen planbaren Rückhalt und trägt damit auch zur Arbeitsplatzsicherung in Deutschland bei.

Bis Dezember 2013 wurden die ersten 100 ha Fläche bearbeitet und mit Kakaosetzlingen wie auch standortgerechten Nutz- und Schattenbäumen bepflanzt. Durch den Aufbau einer Mischkultur nach agroforstwirtschaftlichem Modell ist eine mehrstufige Bodenbedeckung

gesichert, die Erosion, Austrocknung und Nährstoffverlust verhindert. Die Bewirtschaftung der Anbauflächen folgt den Prinzipien der integrierten Landwirtschaft, zu denen zum Beispiel Energieeffizienz, die Vermeidung klimarelevanter Emissionen, nachhaltige Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität zählen. Dazu tragen vor allem auch der Erhalt vorhandener Waldbestände und Feuchtgebiete sowie die Einrichtung von Tierbrücken bei, die zusammen rund ein Drittel der Fläche ausmachen.

*Alfred Ritter GmbH & Co. KG,
Waldenbuch*



INVESTITIONSFÖRDERUNGS- UND -SCHUTZVERTRÄGE (IFV) – AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

16 ■

Ausreichender Rechtsschutz für eine Investition wird vom IMA regelmäßig bejaht, wenn Deutschland mit dem Anlageland einen IFV geschlossen hat. IFV bieten Investoren einen umfassenden völkerrechtlichen Schutz ihrer Investition im Ausland. Sie sichern den Investoren aus den Vertragsstaaten materiell bestimmten Schutz zu und räumen ihnen Verfahrensrechte zu deren Durchsetzung ein. So garantieren die Verträge insbesondere eine wertgerechte Entschädigung im Fall einer direkten oder indirekten Enteignung, gerechte und billige Behandlung von Investoren, die Inländergleichbehandlung sowie Meistbegünstigung und den freien Kapital- und Ertragstransfer. Zudem wird Investoren die Möglichkeit eingeräumt, ihre Rechte eigenständig – und unabhängig von den etwaigen Unsicherheiten nationaler Gerichtsverfahren – vor neutralen internationalen Schiedsgerichten geltend zu machen.

Das Bestehen eines bilateralen IFV der Bundesrepublik Deutschland mit dem Anlageland ist eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Investitionsgarantien. Sollte im Einzelfall kein IFV bestehen, kann eine Investitionsgarantie grundsätzlich dennoch übernommen werden, sofern die innerstaatliche Rechtsordnung dieses Landes einen hinreichenden Rechtsschutz für Auslandsinvestitionen gewährleistet.

Ende 2013 hatte die Bundesregierung weltweit 139 IFV unterzeichnet, von denen 131 in Kraft waren. Mit dem Vertrag von Lissabon ist die Kompetenz für den

Schutz ausländischer Direktinvestitionen in Drittstaaten am 1. Dezember 2009 auf die EU übergegangen. Die EU beabsichtigt, die bestehenden bilateralen IFV der Mitgliedsstaaten mittelfristig durch Verträge auf europäischer Ebene zu ersetzen. Sie führt hierzu bereits Verhandlungen mit verschiedenen Ländern. Dabei setzt sich die Bundesregierung für den Erhalt des hohen Schutzstandards der geltenden bilateralen IFV ein. Da der durch die IFV zugesicherte Rechtsschutz eine zentrale Voraussetzung für die Übernahme von Investitionsgarantien darstellt, ist ein entsprechendes Schutzniveau in künftigen EU-Abkommen auch für die Investitionsgarantien von Bedeutung. Die Verhandlungen der EU-Kommission über Freihandelsabkommen mit Investitionsschutz mit Kanada und Singapur waren bei Redaktionsschluss in die Endphase getreten.

Solange keine Verträge der EU mit Investitionsschutz mit Drittstaaten abgeschlossen sind, gelten die jeweiligen IFV der Mitgliedsstaaten, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon unterzeichnet wurden, fort. Dies regelt die Anfang 2013 in Kraft getretene EU-Verordnung Nr. 1219/2012 zur Einführung einer Übergangsregelung für bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen den Mitgliedsstaaten und Drittländern (sogenannte „Grandfathering-Verordnung“). Abkommen, die erst nach dem Kompetenzübergang unterzeichnet wurden, bedürfen für ihr Inkrafttreten dagegen der Notifizierung gegenüber der Kommission. Dies betrifft die IFV der Bundesrepublik Deutschland mit Pakistan, dem Irak sowie der Republik Kongo. Die entsprechenden Notifizierungsverfahren wurden bereits von der Bundesregierung eingeleitet.

LÄNDERENTSCHEIDUNGEN

Bislang war der erforderliche Rechtsschutz in **SÜD-AFRIKA** durch den am 10. April 1998 in Kraft getretenen deutsch-südafrikanischen IFV grundsätzlich gegeben. Am 23. Oktober 2013 hat Südafrika den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten gekündigt. Mit Ablauf des 22. Oktober 2014 wird der IFV mit Südafrika mithin außer Kraft treten. Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen noch für weitere 20 Jahre fort. Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang eine Garantieübernahme für Investitionen, welche nach Außerkrafttreten des Vertrags durchgeführt werden, auf der Grundlage der innerstaatlichen Rechtsordnung erfolgen kann, wird der IMA zu gegebener Zeit bei einem entsprechenden Antrag erörtern.

Auch **BRASILIEN** war wieder auf der Tagesordnung des IMA vertreten. Da der IFV weiterhin nicht in Kraft ist, erfolgte die Garantieübernahme für Brasilien erneut auf Basis der innerstaatlichen Rechtsordnung. Entsprechend langjähriger Deckungspraxis wird ein leicht erhöhtes Entgelt in Höhe von 0,55 % p. a. erhoben.

Für eine Investition in **NICARAGUA** hat der IMA im vergangenen Jahr erstmalig der Erweiterung des Garantieschutzes auf staatliche Eingriffe in jeden einzelnen Teilbetrieb zugestimmt (sogenannte Teilbetriebsdeckung). Dies erfolgte auf Basis des deutsch-nicaraguanischen IFV von 2001.

Es wurde eine vollumfängliche Deckung für ein dem IMA bereits bekanntes Projekt in **TUNESIEN** übernommen.

Auf Basis des 1996 in Kraft getretenen deutsch-ukrainischen IFV konnten abermals Garantien für Projekte in der **UKRAINE** übernommen werden. Angesichts der wirtschaftlichen Situation der Ukraine sah sich der IMA jedoch nicht in der Lage, eine umfassende Absicherung zu gewähren. Die bestehende Deckungspraxis mit einer verlängerten Auszahlungsfrist der Entschädigung nach Realisierung von Konvertierungs- und Transferrisiken und/oder Zahlungsverboten oder Moratorien von sechs auf neun Monate gilt nach wie vor.

Der IMA hat im Berichtsjahr mehrere Garantien für Investitionen in **ECUADOR** übernommen. Grundlage hierfür war der am 12. Februar 1999 in Kraft getretene deutsch-ecuadorianische IFV. Die Regierung Ecuadors hatte zwar bereits 2010 bekannt gegeben, diesen Vertrag kündigen zu wollen. Bislang wurde der IFV jedoch nicht gekündigt, sodass der für die Garantieübernahme erforderliche Rechtsschutz weiterhin als gegeben erachtet wurde. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Ecuador konnte die Ertragsdeckung nicht übernommen werden. Zudem wurde die Auszahlungsfrist nach realisierten Konvertierungs- und Transferrisiken und/oder Zahlungsverboten oder Moratorien gemäß Deckungspraxis von sechs auf neun Monate verlängert.

Deutsche Investoren können auch weiterhin die Absicherung ihrer Projekte in **USBKISTAN** beantragen; zuletzt wurden jedoch nur Garantien für Folgeinvestitionen übernommen. Der IMA wird bei seiner Entscheidung – wie bisher üblich – die aktuelle Situation in Usbekistan sowie die Sicherheitslage in der Region berücksichtigen und auf Einzelfallbasis entscheiden.

WICHTIGSTE ANLAGELÄNDER NACH GARANTIEVOLUMEN INTERNATIONAL

per Dezember 2013

- | | |
|----|------------|
| 1. | Russland |
| 2. | China |
| 3. | Kasachstan |
| 4. | Indien |
| 5. | Ägypten |

INTERNATIONALER VERGLEICH NACH DEM VOLUMEN DES GARANTIEBESTANDS

	Dezember 2011	Dezember 2012	Dezember 2013
1.	D*	D	D
2.	NEXI**	SINOSURE	SINOSURE
3.	SINOSURE***	NEXI	NEXI
4.	COFACE****	Zurich*****	Zurich

* Investitionsgarantien der Bundesrepublik Deutschland.

** Nippon Export and Investment Insurance, Tokio.

*** China Export & Credit Insurance Corporation, Beijing.

**** Compagnie Française d'Assurance de Commerce Extérieur, Paris.

***** Zurich Emerging Markets Solutions, Washington.



INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die Investitionsgarantien sind über die Mitgliedschaft der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) in der International Union of Credit & Investment Insurers mit Sitz in London (**BERNER UNION**) vertreten: Diese Organisation vereint weltweit staatliche und private Versicherer im Bereich der Exportkredit- und Investitionsversicherung. Neben dem Aufbau grenzüberschreitender Kontakte dienen ihre Tagungen in erster Linie der Schaffung international anerkannter Standards sowie der Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Finanzinstitutionen und Entwicklungsbanken. Dr. Andreas Klasen, der verantwortliche Partner bei PwC für Exportkredit- und Investitionsgarantien sowie für Garantien für Ungebundene Finanzkredite, ist seit Oktober 2013 für einen Turnus zum Vize-Präsidenten der Berner Union gewählt worden.

2013 wurden unter den Investitionsversicherern aktuelle Entwicklungen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit intensiv diskutiert. Vor dem Hintergrund eines deutlichen Anstiegs der Fallzahlen seit dem Jahr 2000 wurde insbesondere die sich ändernde Haltung häufig

beklagter Länder in Südamerika, Osteuropa und Zentralasien zur Schiedsgerichtsbarkeit erörtert. Diese Länder bezweifeln zunehmend die Überparteilichkeit der Schiedsgerichte und sehen sich als im Verfahren benachteiligt an. Darüber hinaus sehen sich die Regierungen dieser Länder Problemen bei der Durchsetzung innenpolitisch unpopulärer Entscheidungen der internationalen Schiedsgerichte gegenüber der eigenen Bevölkerung ausgesetzt.

Neben der allgemeinen weltwirtschaftlichen Situation wurde auch die weitere Entwicklung in Nordafrika in 2013 eingehend erörtert. Abgesehen von einzelnen negativen Erfahrungen mit politischer Gewalt hat sich in dieser Region weiterhin keine erhöhte Anfälligkeit von Investitionen für staatliche Eingriffe gezeigt. Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der nordafrikanischen Länder bei der Stabilisierung nach den gesellschaftlichen Umbrüchen des „Arabischen Frühlings“ haben die Relevanz politischer Risiken wieder deutlich vor Augen geführt. Die Länder der Golfregion stehen demgegenüber insbesondere aufgrund ihres wirtschaftlichen Potenzials im besonderen Interesse vieler Investoren. Insgesamt blieb die Nachfrage nach Investitionsversicherungen für viele Mitglieder der Berner Union anhaltend hoch.

International standen die Investitionsgarantien der Bundesregierung Ende 2013 beim Garantiebestand erneut an erster Stelle unter allen Investitionsversicherern.





Exkurs: Weltweit handeln – Staatliche Exportkreditgarantien

EXPORTKREDITGARANTIEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

► Hermesdeckungen

Staatliche Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen) sind ein bewährtes Instrument der Risikovorsorge im Exportgeschäft. Im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung schützen sie deutsche Exporteure und Kreditinstitute vor Zahlungsausfall bei der Lieferung in risikoreiche Märkte und sichern vor wirtschaftlichen und politischen Risiken aus Exportgeschäften.

Rund 80% aller Hermesdeckungen sichern Exportgeschäfte in Schwellen- und Entwicklungsländer. Dabei profitieren insbesondere kleinere und mittelständische Exporteure, die rund drei Viertel aller Deckungsanträge stellen.

Für die Übernahme von Exportkreditgarantien ist ein Interministerieller Ausschuss (IMA) zuständig, der sich aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi, federführend), dem Bundesministerium der Finanzen (BMF), dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusammensetzt. Grundsätzlich werden nur förderungswürdige Exportgeschäfte abgesichert, die risikomäßig vertretbar sind. Das Management der Exportkreditgarantien übernehmen im Auftrag der Bundesregierung die Euler Hermes Aktiengesellschaft (Euler Hermes) und PwC. Die Mitarbeiter beraten die Exporteure und Banken und bereiten die Anträge für die Entscheidung durch die Bundesregierung auf.

Eine Palette von Produkten bietet für jedes Exportgeschäft standardisierte oder maßgeschneiderte Absicherungsmöglichkeiten. So können die Risiken in der Produktionsphase und nach Versand der Ware genauso abgesichert werden wie Geschäfte mit unterschiedlichen Zahlungszielen. Zudem bestehen Deckungsmöglichkeiten für die Finanzierung von Exportgeschäften wie Finanzkreditdeckungen, Avalgarantien oder Deckungen von Akkreditivbestätigungsrissen. Absicherungsmöglichkeiten für Projektfinanzierungen und Strukturierte Finanzierungen runden das Angebot ab.

Hermesdeckungen sind seit 1949 ein bewährtes Instrument der Außenwirtschaftsförderung. Durch ihre anti-zyklische Funktion bieten sie insbesondere in Krisensituationen verlässlichen Deckungsschutz für die deutsche Exportwirtschaft und sichern Arbeitsplätze.

Nähere Auskünfte erhalten Sie hier:

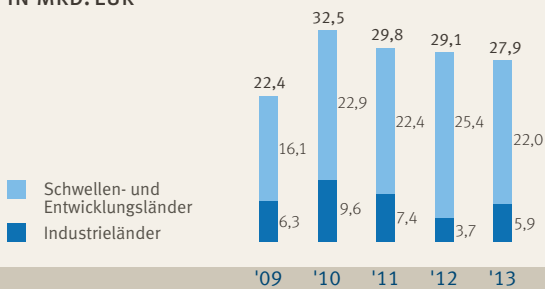
Tel.: + 49 (0)40 / 88 34 - 90 00

info@exportkreditgarantien.de

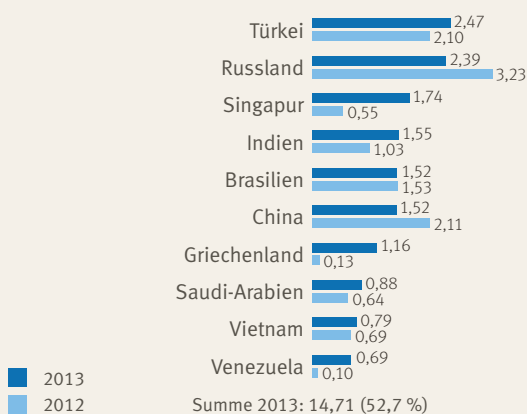
www.agaportal.de

20 ■

DECKUNGSVOLUMEN NACH LÄNDERGRUPPEN IN MRD. EUR



LÄNDER MIT DEN HÖCHSTEN NEU ÜBERNOMMENEN DECKUNGEN 2013/2012 IN MRD. EUR



Summe 2013: 14,71 (52,7 %)

Gesamt 2013: 27,89 (100 %)

KRISENMANAGEMENT UND SCHÄDEN

Der Wert der Investitionsgarantien liegt neben der Entschädigungsleistung in einem etwaigen Schadensfall insbesondere in der Unterstützung, die der Bund zur Abwendung eines Schadeneintritts leistet. Das primäre Ziel, das die Bundesregierung mit diesem Förderinstrument verfolgt, ist die Sicherung des Fortbestands der abgesicherten Projekte. Sobald ein Projekt durch hoheitliches Handeln des Anlagelands gefährdet wird, interveniert die Bundesregierung auf diplomatischer Ebene, insbesondere durch ihre Botschaften und Generalkonsulate. Dieser **POLITISCHE GELEITSCHUTZ** kann dann effektiv eingesetzt werden, wenn der Garantiennehmer den Bund frühzeitig über die Schwierigkeiten in dem Anlageland unterrichtet. Weiterhin ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, sich an den Kosten des Investors für Maßnahmen der Schadenvermeidung (insbesondere Gerichtsverfahren) zu beteiligen.

Auch im Jahr 2013 hat die Bundesregierung ein **AKTIVES KRISENMANAGEMENT** betrieben. So hat der Bund bei zwei Infrastrukturprojekten in Russland diplomatisch intervenieren müssen. Während die Geschäftstätigkeit der Projektgesellschaft in einem Fall durch unzählige Einzelmaßnahmen der örtlichen Verwaltung gefährdet ist, erfüllt bei einer anderen abgesicherten Investition die Lokalregierung fortdauernd nicht ihre vertraglichen

Verpflichtungen gegenüber der Projektgesellschaft. Die Unterstützung der Projekte wird im Jahr 2014 fortgesetzt werden. Darüber hinaus war der Bund in Usbekistan und in der Ukraine zur Schadenvermeidung tätig. Bei einem langjährigen Schadensfall in Argentinien hat er sich zudem im Rahmen von Regressmaßnahmen an aktuellen Gerichts- und Anwaltskosten für ein internationales Schiedsverfahren in Höhe von rund 400.000 Euro beteiligt.

In den letzten zehn Jahren konnten durch das Krisenmanagement des Bundes Schäden mit einem Gesamthaftungsvolumen von mehr als einer Milliarde Euro verhindert werden. Seit Bestehen des Förderinstruments ergibt sich insgesamt ein Saldo aus an die Investoren gezahlten Entschädigungen und Rückflüssen von rund 152 Millionen Euro (inklusive Kostenbeteiligungen des Bundes). Bis zum Abschluss der laufenden Regressverfahren ist aus haushaltsrechtlichen Gründen derzeit die Übernahme von Investitionsgarantien für Projekte in Argentinien, Bulgarien und auf den Philippinen nicht möglich.



ARABISCHE HALBINSEL – CHANCEN UND RISIKEN



DEUTSCHE HANDELSBEZIEHUNGEN ZU DER ARABISCHEN HALBINSEL BLICKEN AUF EINE LANGE TRADITION ZURÜCK UND BERGEN EIN HOHES POTENZIAL FÜR DIE ZUKUNFT. STABILE WACHSTUMSRATEN IN DER GESAMTEN REGION LASSEN EINE STETIG WACHSENDE NACHFRAGE ERWARTEN. AUCH DIE WIRTSCHAFTLICHEN TRANSFORMATIONSPROZESSE IN DER REGION, DIE IHRE EINNAHMEN VORWIEGEND NOCH MIT ÖL UND GAS GENERIERT, BIETEN GROSSE CHANCEN FÜR DIE DEUTSCHE INDUSTRIE. SO SOLL DIE UNLÄNGST EINGELEITETE WIRTSCHAFTLICHE DIVERSIFIZIERUNG MIT INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTUR, TOURISMUS UND DIE VERARBEITENDE INDUSTRIE EIN LANGFRISTIGES WACHSTUM NACHHALTIG SICHERN. ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATION HINAUS WIRD VOR ALLEM DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG, DIE GLEICHERMASSEN ZU GESELLSCHAFTLICHEN CHANCEN WIE ZU POLITISCHEN INSTABILITÄTEN FÜHRT, AUSSCHLAGGEBEND FÜR KÜNFTIGE INVESTITIONSENTSCHEIDUNGEN SEIN.

DIE ARABISCHE HALBINSEL ALS ZIEL DEUTSCHER INVESTOREN

24 ■

Die Arabische Halbinsel spielt für die deutschen Wirtschaftsbeziehungen in den Nahen und Mittleren Osten eine bedeutende Rolle. Deutschlands bilaterale Handelspartnerschaften in dieser Region blicken auf eine lange Tradition. Und sie haben großes Potenzial für die Zukunft – trotz oder gerade wegen der derzeit stattfindenden politischen, aber auch wirtschaftlichen Transformationsprozesse in der arabischen Welt.

Durchweg stabile Wachstumsraten der Länder lassen in den kommenden Jahren eine stetig steigende Nachfrage erwarten. Noch generieren Öl und Gas in den meisten Staaten der Region den überwiegenden Teil der Einnahmen. Doch eine bereits eingeleitete Diversifizierung der Wirtschaft soll langfristiges Wachstum nachhaltig sichern. Mit Milliarden-Investitionen in Transport, Tourismus und verarbeitende Industrie versuchen allen voran die Golfstaaten, sich ein zweites Standbein neben dem Öl aufzubauen. Dieser Trend bietet erhebliche Chancen für die deutsche Industrie. Denn deutsche Unternehmen werden in der Region als zuverlässig geschätzt, und innovatives deutsches Know-how ist gefragt. „Made in Germany“ gilt als Qualitätssiegel par excellence.

Zu den wichtigsten Handelspartnern am Golf gehört Saudi-Arabien. Mit seinen Exporten belegt Deutschland Platz drei unter den saudischen Lieferländern. Starkes Bevölkerungswachstum zwingt das Land zu weitreichenden Investitionen. Allein im Bereich der Transportinfrastruktur sind derzeit Projekte im Wert von min-

destens 38 Milliarden US-Dollar geplant oder bereits angelaufen. Das gesamte Investitionsvolumen im Infrastrukturbereich wird bis zum Jahr 2020 auf bis zu 900 Milliarden US-Dollar geschätzt. Deutsche Unternehmen sind hier intensiv beteiligt. So erhielt DB International den Zuschlag für eine Beteiligung an der Errichtung einer 450 km langen Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Mekka und Medina. Die Gesamtkosten für das Projekt werden mit rund sieben Milliarden Euro veranschlagt. Als Teil eines internationalen Konsortiums wird die Siemens AG beim Bau eines fahrerlosen U-Bahnnetzes in der Hauptstadt Riad mitwirken. Rund 1,5 Milliarden Euro des Gesamtauftragswerts von circa 7,5 Milliarden Euro entfallen dabei auf den Münchener Technologiekonzern.

Bereits 2005 wurde nahe Jeddah der Grundstein für die „King Abdullah Economic City“ gelegt. Die Megastadt mit Hafen, Industrieanlagen, Wohnsiedlungen und Universität soll für ein weltoffenes Königreich Saudi-Arabien stehen. Mit einem geschätzten Volumen von insgesamt 86 Milliarden US-Dollar ist sie eine attraktive Möglichkeit für internationale Investoren. Dabei vermindern One-Stop-Shops zur rascheren Erledigung notwendiger Formalitäten die Handelsbarrieren genauso wie der Umstand, dass der Markteinstieg für ausländische Unternehmen auch ohne Joint Venture möglich ist. Auch der Gesundheitssektor in Saudi-Arabien hat Potenzial. Deutsche Mittelständler haben die Chance, von den geplanten massiven Investitionen in den Bau neuer Krankenhäuser und ambulanter Versorgungszentren zu profitieren. In 2011 importierte Saudi-Arabien im Bereich Gesundheit deutsche Dienstleistungen und Waren für 161 Millionen Euro.



Wie das Königreich Saudi-Arabien verfolgen auch die Vereinigten Arabischen Emirate einen ambitionierten Kurs in Richtung einer größeren wirtschaftlichen Diversifizierung. Zukunftstechnologien und Dienstleistungen, u. a. in den Bereichen Energie, Luftfahrt, Pharmazie und Naturwissenschaften, sollen langfristiges Wachstum sichern. Nach der Schuldenkrise präsentieren sich die Vereinigten Arabischen Emirate damit heute wieder als attraktiver Investitionsstandort. Mit den sechstgrößten Öl- sowie den siebtgrößten Gasvorkommen der Welt, einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 37.000 Euro und einem weltweiten Anlagevermögen von geschätzten mehreren hundert Milliarden Euro gehören auch die Vereinigten Arabischen Emirate zu den bedeutendsten Absatzmärkten für die deutsche Exportwirtschaft in der arabischen Welt.

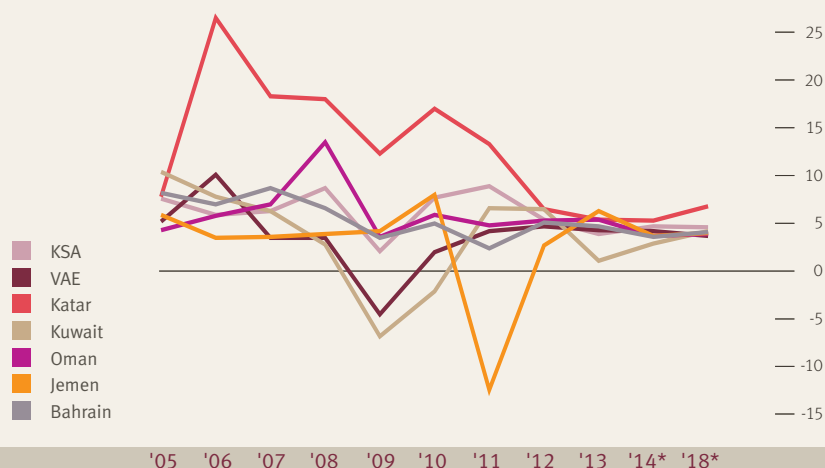
Nach Fläche und Bevölkerung zählt Katar zu den kleinsten Ländern im Nahen Osten, ist aber zugleich die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft der Welt. Mit dem offshore gelegenen „North Dome“ besitzt das

Land die drittgrößten Erdgasvorkommen der Welt. Doch auch hier wird die Diversifizierung forciert. Schwerpunkt bilden Projekte in den Erdöl oder Erdgas weiterverarbeitenden Industrien sowie in der Stahl- und Aluminiumproduktion. Weitere staatliche Prioritäten existieren in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Tourismus. Katalysator ist hier die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2022, für die das Emirat Investitionen von bis zu 170 Milliarden US-Dollar tätigen will. Darüber hinaus sind im Wassersektor von 2013 bis 2015 Investitionen in Höhe von 5,5 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Investitionsanreize gibt es viele wie beispielsweise die Befreiung von der Einkommenssteuer, den Wegfall von Einfuhrzöllen für Produktionsmaterialien und -maschinen und Ausnahmegenehmigungen, die eine 100%ige Beteiligung ausländischer Investoren an Projekten zulassen.

Auch das Emirat Kuwait bemüht sich intensiv um ausländische Direktinvestitionen zur Beschleunigung der noch langsam verlaufenden wirtschaftlichen Diversifizierung. Seit 2001 sind Joint Ventures mit ausländischen Mehrheitsbeteiligungen zugelassen. Das Land strebt die Entwicklung zu einem internationalen Finanzzentrum an. Investitionen sind in den Bereichen Energie, Wasser und Transport vorgesehen. Das Megaprojekt der neuen 700.000-Einwohner-Stadt Madinat al-Hareer nördlich von Kuwait soll zusätzliche wirtschaftliche Dynamik generieren. Das Sultanat Oman dagegen setzt verstärkt auf die Tourismusbranche. Geplant sind Investitionen in neue Hotels von rund 3,7 Milliarden US-Dollar.

Entscheidend für künftige Investitionsentscheidungen wird über die wirtschaftlichen Potenziale hinaus die weitere politische Entwicklung am Golf sein. Der vor allem von Nordafrika ausgehende „Arabische Frühling“ verändert die Region. Er sorgt für gesellschaftliche Chancen, aber auch für politische Instabilitäten. Innere Unruhen gibt es derzeit im Königreich Bahrain und im Jemen. Bahrain gilt als eine der liberalsten und modernsten Volkswirtschaften der Region. Trotz innenpolitischer Krise ist das Land bei der Diversifizierung der Wirtschaft auf gutem Weg. So sind heute die Anteile der verarbeitenden Industrie und des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt bereits höher

VERÄNDERUNG DES REALEN BRUTTOINLANDSPRODUKTS IN %



* Vorläufige Schätzungen;
Quelle: International Monetary Fund (IMF)

als der der Öl- und Gasbranche. Deutsche Produkte genießen in Bahrain einen hervorragenden Ruf. Im Jahr 2012 lieferte Deutschland Waren im Wert von 398,6 Millionen Euro in das Land.

Der Jemen hat sich nach dem Umbruch von 2011 noch nicht wieder stabilisieren können. Zwar wuchs die Wirtschaft 2012 wieder leicht um 2,4 %, doch die Erdöl- und Erdgasvorkommen sind fast erschöpft, und die Diversifizierung kommt zu langsam voran. Als Investitionsbarrieren wirken hier mangelnde Rechtssicherheit und ein unterentwickeltes Bankenwesen. Weiter zu beob-

achten bleibt zudem das Ringen zwischen dem Iran und dem Königreich Saudi-Arabien um Einfluss und Vorherrschaft am Golf. Sanftere Töne aus Teheran und die Einigung im Atomstreit ließen zuletzt jedoch auf Entspannung hoffen.

Dr. Rainer Seele

*Vorstandsvorsitzender
der Wintershall
Holding GmbH, Kassel,
und Vorsitzender des
Nah- und Mittelost-
Vereins, Berlin*

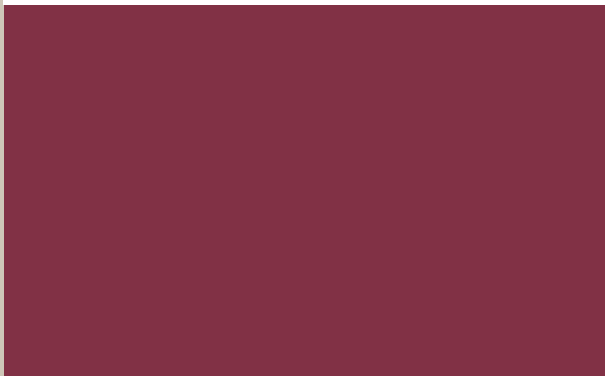


NUMOV – Nah- und Mittelost-Verein e.V.

NUMOV ist Deutschlands älteste und größte Fachorganisation für die Region des gesamten Nahen und Mittleren Ostens, beginnend in der Türkei. Er unterstützt seit 80 Jahren Mitgliedsfirmen beim Auf- und Ausbau von Wirtschaftskontakten in Ländern der gesamten Region und vertritt die Interessen seiner Mitglieder in der Region. Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder ist Ehrenvorsitzender des Nah- und Mittelost-Vereins. In Bürogemeinschaft mit dem Nah- und Mittelost-Verein arbeiten diverse weitere Organisationen, die vom Nah- und Mittelost-Verein gegründet wurden, so das Deutsche Orient-Institut, das älteste private wissenschaftliche Institut für die Region in Europa, sowie das vor mehr als zehn Jahren gegründete Qatar-German-Business-Forum.



Nah- und Mittelost-Verein e.V.
Jägerstraße 63 d, 10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 / 20 64 10-0
Telefax: +49 (0)30 / 20 64 10-10
numov@numov.de
www.numov.de



INVESTITIONSGARANTIE UND AUSSENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

■ 29

INVESTITIONSGARANTIE BIETEN DEUTSCHEN DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND SCHUTZ GEGEN POLITISCHE RISIKEN. NUR FÖRDERUNGSWÜRDIGE UND RISIKOMÄSSIG VERTRETBARE PROJEKTE KÖNNEN GARANTIESCHUTZ ERHALTEN. DIE UNTERNEHMEN WERDEN ZUDEM IM ANTRAGSVERFAHREN DARAUF HINGEWIESEN, DIE IN DEN OECD-LEITSÄTZEN FÜR MULTINATIONALE UNTERNEHMEN GENANNTE EMPFEHLUNGEN FÜR EIN VERANTWORTUNGSVOLLES VERHALTEN IM AUSLAND ZU BEACHTEN UND DEN DARAUF BASIERENDEN DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSKODEX ANZUWENDEN. 2013 WURDEN GARANTIE FÜR 76 PROJEKTE MIT EINEM INVESTITIONSVOLUMEN VON VIER MILLIARDEN EURO ÜBERNOMMEN UND DAMIT CIRCA 13.000 ARBEITSPLÄTZE IN DEN ANLAGELÄNDERN GESCHAFFEN.



GRUNDLAGEN DER INVESTITIONSGARANTIEN

30 ■

Politische Risiken bei Auslandsinvestitionen sind ein wachstumshemmender Faktor bei einer stark internationalisierten Volkswirtschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland. Daher hat sich die Bundesregierung bereits 1960 entschlossen, Investitionsgarantien zum Schutz gegen Enteignungen, Krieg sowie Konvertierungs- und Transferbehinderungen und Zahlungsmoratorien und später auch gegen den Bruch staatlicher Zusagen und isolierte politische Terrorakte zu gewähren. Ein abgesichertes **POLITISCHES RISIKO** muss dabei nicht immer ein ganzes Land betreffen, wie folgende Beispiele aus der Schadenpraxis zeigen:

- ▶ rechtswidrige Verweigerung von wesentlichen Genehmigungen für ein Projekt durch Ministerien
- ▶ Auferlegung unangemessener Strafzahlungen durch Steuerbehörden
- ▶ Entziehung von Betriebsimmobilien durch rechtswidrige Beschlüsse kommunaler Stellen
- ▶ dauerhafte Besetzung des Betriebsgeländes durch hoheitliche Sicherheitskräfte
- ▶ willkürliche Verweigerung von Steuer-rückerstattungen an die Projektgesellschaft
- ▶ rechtswidrige Rücknahme von Unternehmensprivatisierungen

Sowohl das investierte Kapital als auch die fälligen Erträge (z.B. Dividenden, Zinsen) **ALLER FORMEN EINER DIREKTINVESTITION** (zumeist Beteiligungen und beteiligungsähnliche Darlehen) können Garantieschutz erhalten. Ober- oder Untergrenzen für eine Garantie bestehen nicht. (Schäden unter 2.000 Euro werden allerdings nicht erstattet.)

Garantiefähige Projekte müssen **FÖRDERUNGSWÜRDIG** und **RISIKOMÄSSIG VERTRETBAR** sein. Sie sollen positive Auswirkungen auf das Anlageland und auf den deutschen Standort des Antragstellers haben. Darüber hinaus sollen die Vorhaben Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte im Anlageland berücksichtigen. Ein ausreichender Rechtsschutz ist vorrangiges Kriterium für die risikomäßige Vertretbarkeit und liegt in der Regel vor, sobald ein IFV zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem jeweiligen Anlageland besteht. In Einzelfällen (z. B. Brasilien) ist auch auf Basis der jeweiligen nationalen Rechtsordnung die Garantieübernahme möglich. Ferner sind bei der Beurteilung des Risikos die wirtschaftliche und politische Lage im Anlageland sowie Besonderheiten beim Projekt zu berücksichtigen.

An Kosten für die Absicherung fällt zunächst eine einmalige **ANTRAGSGEBÜHR** in Höhe von 0,5 ‰ der Antragssumme (maximal 10.000 Euro) an. Darüber hinaus beträgt das **GARANTIEENTGELT** 0,5% p.a. und der Selbstbehalt im Schadensfall in der Regel 5%.

DER INTERMINISTERIELLE AUSSCHUSS (IMA) – SCHWERPUNKTE DER AUFGABEN IM BERICHTSJAHR

Über Anträge auf Übernahme von Investitionsgarantien entscheidet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen von Sitzungen eines IMA. Der Vorsitz des IMA liegt bei Frau Ministerialrätin Dr. Ursina Krumpholz, Leiterin des BMWi-Referats VC3: „Auslandsinvestitionen, Umschuldungen, Entwicklungsbanken“. Neben den Vertretern der Bundesressorts und der Mandatare nehmen zudem Sachverständige an der Entscheidungsfindung teil. Der IMA tagt sechsmal im Jahr.

Die Förderungswürdigkeit der Projekte wird dabei bei jedem Einzelfall eingehend erörtert. Darüber hinaus ist die risikomäßige Vertretbarkeit insbesondere anhand des Rechtsschutzes im Anlageland sowie der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage und der Besonderheiten des Projekts umfassend zu bewerten. Hierbei sind auch drohende Schadensfälle aus anderen gedeckten oder ungedeckten Vorhaben im Anlageland von zentraler Bedeutung. Die getroffenen Entscheidungen orientieren sich an dem Ziel einer projekt- und risikoadäquaten Absicherung unter Einhaltung des geltenden Haushaltsrechts. Darüber hinaus befasst sich der IMA mit der inhaltlichen Weiterentwicklung der Garantien.

Das Management der Investitionsgarantien hat die Bundesregierung einem Konsortium, bestehend aus PwC und Euler Hermes, übertragen. In dieser Funktion

berät PwC als federführender Mandatar des Bundes Unternehmens über die Garantien, nimmt Anträge auf Neuübernahmen und Schäden entgegen, bereitet die Entscheidungsfindung des IMA vor und verwaltet die Garantien.



INTERMINISTERIELLER AUSSCHUSS – IMA

Ministerien

- ▶ BMWi Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – federführend
- ▶ BMF Bundesministerium der Finanzen
- ▶ AA Auswärtiges Amt
- ▶ BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mandatare

- ▶ PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – federführend
- ▶ Euler Hermes Aktiengesellschaft

Sachverständige

- ▶ Wirtschaft
- ▶ Banken
- ▶ Verbände

FÖRDERUNGSWÜRDIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT

32 ■



Das abzusichernde Projekt muss in einer Gesamtschau förderungswürdig sein. Bei der Förderungswürdigkeit haben positive Auswirkungen auf das Anlageland im Allgemeinen und Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte im Besonderen sowie positive Rückwirkungen auf Deutschland eine besondere Bedeutung.

Im Anlageland soll die abzusichernde Direktinvestition einen Beitrag zur **VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG** und zum Ausbau der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland leisten. Wichtige Kriterien hierfür sind u. a. positive Effekte auf Beschäftigung, Devisenerwirtschaftung und Know-how-Transfer. Im Berichtsjahr waren die Investitions Garantien hier erneut sehr erfolgreich. Bei den 76 Projekten wurden bei einem Investitionsvolumen von insgesamt rund vier Milliarden Euro circa 13.000 Arbeitsplätze unmittelbar in den Anlageländern zumeist neu geschaffen.

Grundsätzlich werden nur Projekte gefördert, die die **UMWELT- UND NACHHALTIGKEITSSITUATION** im Anlageland verbessern oder deren Umweltauswirkungen durch andere positive Effekte insgesamt betrachtet aufgewogen werden. Zur Beurteilung der umwelt- und sozialbezogenen Förderungswürdigkeit wird ein seit Jahren bewährtes Prüfverfahren angewendet, das der international üblichen Praxis entspricht. Die Projekte werden dabei in drei Kategorien – A (höchste Relevanz), B (mittlere Relevanz) oder C (niedrigste Relevanz) – eingeteilt. Je nach Einstufung sind im Antragsverfahren sowie bei der laufenden Berichterstattung nach Garantieübernahme in unterschiedlichem Umfang Angaben zu den Umwelt- und Sozialauswirkungen erforderlich.

Mindestvoraussetzung für die positive Beurteilung der Förderungswürdigkeit der Investition ist, dass die nationalen Standards des Anlagelands in der Errichtungs- sowie der Betriebsphase des Projekts eingehalten werden. Bei einer Investition mit weitreichenden ökologischen, sozialen oder entwicklungspolitischen Auswirkungen sind darüber hinaus die Einhaltung internationaler Standards wie der IFC Performance Standards der International Finance Corporation sowie der sektorenspezifischen Environmental, Health and Safety (EHS) Guidelines der Weltbankgruppe erforderlich. Im Jahr 2013 hatte die Mehrzahl der geförderten Projekte (47) keine oder unwesentliche Umweltauswirkungen (Kategorie C). 26 Projekte hatten eingeschränkte lokale Auswirkungen (Kategorie B), und bei drei Projekten wurden stärkere Umweltauswirkungen (Kategorie A) festgestellt.

Es ist zudem von zentraler Bedeutung bei der Prüfung der Förderungswürdigkeit, dass die Projekte **POSITIVE RÜCKWIRKUNGEN** auf die Beschäftigung an deutschen Standorten des Investors haben. Mit den Investitionsgarantien verfolgt die Bundesregierung auch das Ziel, deutsche Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen. Reine Produktionsverlagerungen ins Ausland mit einem damit verbundenen Beschäftigungsabbau können nicht unterstützt werden. Da die Erschließung und die Festigung der bestehenden Präsenz auf ausländischen Märkten als Motiv bei den Antragstellern auch in 2013 beherrschend war, konnten erneut positive Effekte für den deutschen Arbeitsmarkt festgestellt werden.

Im Antragsformular für Investitionsgarantien werden deutsche Unternehmen dazu aufgefordert, die **OECD-LEITSÄTZE FÜR MULTINATIONALE UNTERNEHMEN** bei ihrem Engagement im Ausland zu beachten. Die 2011 neu gefassten OECD-Leitsätze sind Empfehlungen der Regierungen der OECD-Mitgliedsstaaten und weiterer zwölf Teilnehmerländer für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln von multinational tätigen Unternehmen, die in diesen Staaten tätig sind oder von dort aus operieren, u. a. im Hinblick auf Menschenrechte, Beschäftigungspolitik, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Der von der Bundesregierung eingesetzte „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ hat zudem im Oktober 2011 den **DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSKODEX (DNK)** beschlossen, der u. a. auf den Prinzipien der OECD-Leitsätze beruht. Unternehmen können danach gemäß international anerkannten Berichtsstandards strukturiert darlegen, inwieweit sie die im DNK niedergelegten Kriterien nachhaltigen Wirtschaftens erfüllen; damit wird eine für die Kapital- und Finanzmärkte bedeutende Vergleichbarkeit der wesentlichen Nachhaltigkeitsleistungen von Unternehmen gefördert. Für Deutschland ist die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze im BMWi erste Anlaufstelle für Fragen zu deren Anwendung (buerovc3@bmwi.bund.de oder oeed-nks@bmwi.bund.de).



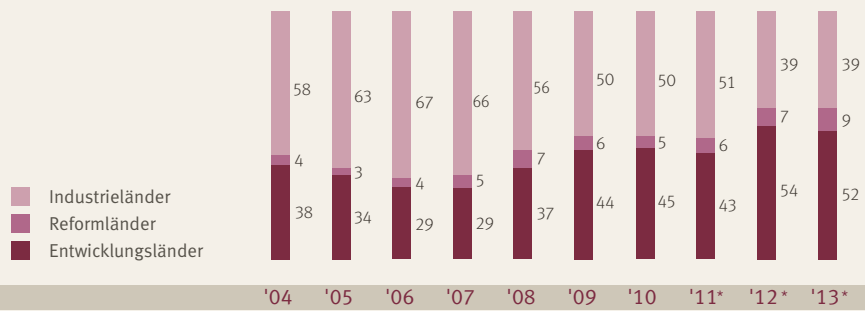
ENTWICKLUNG DER INVESTITIONSGARANTIEEN



DIE WELTWEITEN DIREKT-
INVESTITIONEN SIND
2013 LEICHT GESTIEGEN.
DIE ENTWICKLUNGS- UND
SCHWELLENLÄNDER
KONNTEN ERNEUT DEUTLICH
MEHR ALS DIE HÄLFTE
ALLER ZUFLÜSSE AUF SICH

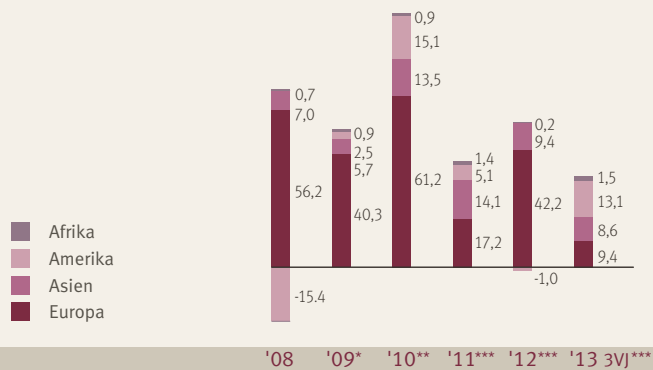
VEREINEN. DER REGIONALE SCHWERPUNKT DER WELTWEITEN
INVESTITIONSSTRÖME UND DER INVESTITIONSGARANTIEEN IST NACH
WIE VOR ASIEN. KOSTENMOTIVE SIND NICHT DAS KERNMOTIV FÜR
AUSLANDSINVESTITIONEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN. SIE INVES-
TIEREN VIELMEHR IM AUSLAND, UM MÄRKTE ZU ERSCHLIESSEN.
DIES SICHERT DEUTSCHE ARBEITSPLÄTZE. DIE GARANTIENEHMER-
UMFRAGE IM JAHR 2013 BESTÄTIGT DIES EINDRUCKSVOLL.
AUCH MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN ENGAGIEREN SICH
IN IMMER GRÖßEREM AUSMASS IM AUSLAND.

WELTWEITE DIREKTINVESTITIONEN NACH LÄNDERGRUPPEN IN %



* Vorläufige Schätzungen der UNCTAD: Global Investment Trends Monitor No. 15, Januar 2014.
 Quellen: UNCTADSTAT: Inward and outward foreign direct investment flows, annual, 1970-2012. (Stand 31.01.2014).

DEUTSCHE NETTO-DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND IN MRD. EUR



* Deutsche Bundesbank: Direktinvestitionen lt. Zahlungsbilanzstatistik, April 2012.
 ** Deutsche Bundesbank: Direktinvestitionen lt. Zahlungsbilanzstatistik, April 2013.
 *** Deutsche Bundesbank: Zahlungsbilanzstatistik, Statistisches Beiheft 3 zum Monatsbericht, Januar 2014.

DIREKTINVESTITIONEN WELTWEIT

Das Jahr 2013 war geprägt von einem moderaten Wachstum der Weltwirtschaft und einer leichten Konjunkturerholung in der Eurozone, wodurch die weltweite Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 11% auf 1,46 Billionen US-Dollar gestiegen ist. Insgesamt sind die weltweiten Direktinvestitionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern im Jahr 2013 um 6,2% überproportional gestiegen. Dies ist vor allem auf die starke Zunahme an Investitionen in Mittel- und Südamerika (+17,5%) zurückzuführen. Trotz eines Investitionsrückgangs um 1% ist Asien auch 2013 das Zentrum ausländischer Direktinvestitionen, gefolgt von den mittel- und südamerikanischen Ländern und der EU. Die USA, China und Russland sind weltweit die Staaten mit der höchsten Kapitalzufuhr aus ausländischen Direktinvestitionen. Insgesamt sind die Direktinvestitionen in den Industrieländern im Jahr 2013 um 12% gestiegen, wobei die Entwicklungs- und Schwellenländer mit einem Rekordvolumen von 759 Milliarden US-Dollar weiterhin Schwerpunkt ausländischer Direktinvestitionen sind. Damit wird der Trend der letzten Jahre auch in diesem Berichtsjahr bestätigt.¹

Das Gesamtvolumen **DEUTSCHER NETTO-DIREKTINVESTITIONEN** (der Saldo aus Zu- und Abflüssen von Direktinvestitionen) in den ersten drei Quartalen 2013 belief sich auf circa 33 Milliarden Euro und nahm gegenüber dem gleichen Zeitraum in 2012 um 32% ab. In Amerika ist das deutsche Netto-Investitionsvolumen mit circa

13,1 Milliarden Euro am höchsten, gefolgt von Europa (9,4 Milliarden Euro) und Asien (8,6 Milliarden Euro). Mit 1,5 Milliarden Euro lag das deutsche Netto-Investitionsvolumen in Afrika bereits in den ersten drei Quartalen 2013 auf dem höchsten Niveau seit 2008.² Laut einer Hochrechnung des IfM, Bonn, waren 6% aller kleinen und 23% aller mittleren Unternehmen im Zeitraum 2009 bis 2011 mit Direktinvestitionen im Ausland aktiv. Zukünftig können sich immer mehr Mittelständler ein Auslandsengagement in Form von Direktinvestitionen vorstellen, sodass dieser Anteil weiter steigen wird.³

Das zentrale **MOTIV DEUTSCHER DIREKTINVESTITIONEN** im Ausland liegt weiterhin in der Eröffnung neuer Absatzmöglichkeiten begründet. Laut einer Umfrage des DIHK, Berlin, vom Frühjahr 2013 wollen 45% der deutschen Industrieunternehmen bei Auslandsinvestitionen den Vertrieb und den Kundendienst auf- und ausbauen. Als Hauptmotiv geben 35% der befragten Industrieunternehmen die Errichtung von Produktionsstätten im Ausland zum Zweck der Markterschließung an (2012: 30%). Kostenvorteile spielen in den Investitionsplänen – wie in den Jahren zuvor – nur eine nachrangige Rolle. Nur jedes fünfte Unternehmen investiert aus diesem Grund außerhalb Deutschlands. Gerade die Investitionen deutscher Unternehmen zur Markterschließung im Ausland sichern deren internationale Wettbewerbsfähigkeit und wirken sich positiv auf das Investitions- und Beschäftigungspotenzial im Inland aus.⁴

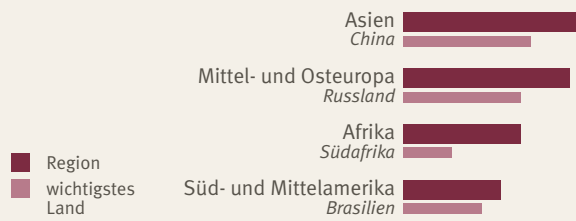
¹ Vorläufige Schätzungen der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): Global Investment Trends Monitor No. 15, Januar 2014.

² Deutsche Bundesbank: Zahlungsbilanzstatistik, Statistisches Beiheft 3 zum Monatsbericht, Januar 2014.

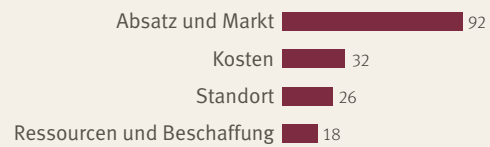
³ Institut für Mittelstandsforschung, Bonn: Internationalisierungsgrad von KMU. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Oktober 2013.

⁴ Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2013.

VERTEILUNG NACH INVESTITIONSSTANDORT NACH ANZAHL DER UNTERNEHMEN



MOTIVE FÜR DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND IN %



GARANTIENEHMERUMFRAGE 2013

Im September 2013 wurden zum zweiten Mal nach 2004 Unternehmen, die Investitionsgarantien erhalten haben, im Rahmen einer Garantienehmerumfrage anonym befragt. **ZIEL DER UMFRAGE** war es, von Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländer ausgehende Effekte auf den deutschen Standort aufzuzeigen sowie Motive und Barrieren der Investitionen darzulegen. Ferner sollte die Zufriedenheit der Garantienehmer mit dem Förderinstrument und der Betreuung durch den federführenden Mandatar PwC erfasst werden. Von den 174 befragten Unternehmen haben 59 (34 %) geantwortet. Mehrfachnennungen waren bei allen Antworten möglich. Für diesen Exkurs wurden die Ergebnisse der Umfrage stark komprimiert.

Der überwiegende Anteil der 59 Unternehmen (72 %) stammt aus dem **SEKUNDÄREN SEKTOR**. Hier sind die meisten Gesellschaften im Maschinenbau, in der Energiewirtschaft und in der Metallindustrie tätig und engagieren sich im Ausland im Bereich der Produktion (62,5 %).

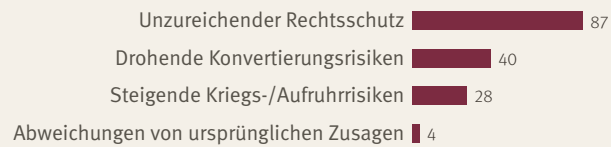
Große Unternehmen machen mit 61 % die Mehrheit der Teilnehmer aus. **KLEINE UND MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN** belaufen sich auf 39 % der befragten Unternehmen; damit haben sich diese Unternehmen überproportional zu ihrem Anteil am Garantiebestand (rund ein Fünftel) an der Umfrage beteiligt.

Der Großteil der Investitionen verteilt sich – wie beim Ergebnis der Umfrage von 2004 – auf **ASIEN** sowie auf die **MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN STAATEN**. Die wichtigsten Länder für Investitionen stellen hierbei China und Russland dar. Nach Süd- und Mittelamerika sowie Afrika fließen zwar insgesamt weniger Direktinvestitionen, ihre Bedeutung als Investitionsstandorte ist aber im Vergleich zur Umfrage von 2004 gestiegen. Wichtige Zielregionen, die nicht zu den BRICS-Staaten zählen, sind neben Mexiko und Ägypten die Türkei und die Ukraine. Zentrales Kriterium bei der Standortwahl im Ausland war mit 51 % die Kundenbetreuung und die Marktpflege im Ausland. Weitere wichtige Faktoren waren das Produktionskostenniveau (35 %) und das Lohnkostenniveau (29 %).

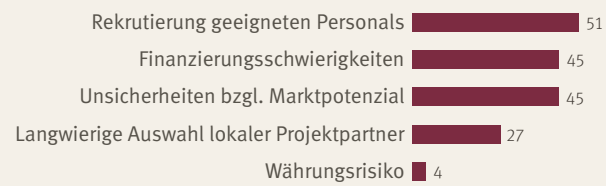
Die bei der Untersuchung abgefragten **MOTIVE FÜR DIE AUSLANDSINVESTITIONEN** wurden in Absatz- und Marktmotive, Kostenmotive, Standortmotive sowie Ressourcen- und Beschaffungsmotive differenziert. Analog zur Umfrage von 2004 liegen die Absatz- und Marktmotive mit großem Abstand auf dem ersten Platz und sind somit ausschlaggebend für die Investitionsentscheidung. Kostenmotive, die an zweiter Stelle stehen, haben im Vergleich zur Befragung von 2004 weiter an Bedeutung verloren.

Von geringerer Bedeutung sind Standort-, Ressourcen- und Beschaffungsmotive. Die Unternehmen verfolgen primär das Ziel, in neue Märkte einzutreten oder bestehende ausländische Märkte auszubauen und somit

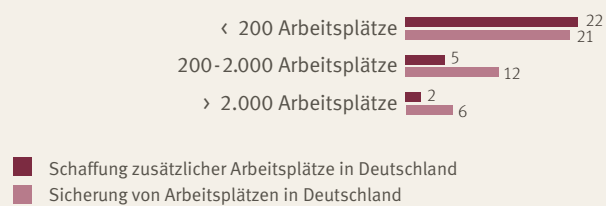
POLITISCHE HEMMNISSE BEI AUSLANDS- INVESTITIONEN IN %



WIRTSCHAFTLICHE HEMMNISSE BEI AUSLANDS- INVESTITIONEN IN %



BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE VON AUSLANDS- INVESTITIONEN NACH ANZAHL DER UNTERNEHMEN



die Nähe zum Kunden zu wahren. Dabei ermöglichen Kosten- und Standortvorteile den Unternehmen, ihre Produkte zu konkurrenzfähigen Preisen auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Bei rund 80 % der befragten Unternehmen traten bei der Durchführung ihrer Investition sowohl wirtschaftliche als auch politische Hemmnisse auf. Bedeutendste **POLITISCHE BARRIEREN** waren dabei ein unzureichender Rechtsschutz sowie drohende Konvertierungsrisiken.

Die häufigsten **WIRTSCHAFTLICHEN BARRIEREN** waren Schwierigkeiten bei der Rekrutierung geeigneten Personals und Probleme bei der Projektfinanzierung sowie Unsicherheiten über das tatsächliche Marktpotenzial.

Die Garantiennehmer wurden auch zu den **BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE**n der Direktinvestitionen für den deutschen Standort befragt. Die Mehrheit der antwortenden Unternehmen gab an, dass ihre Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze (56 %) sowie zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze in Deutschland (80 %) beitragen. Diese Angaben bestätigen das Ergebnis von 2004: Damals gaben 78 % der antwortenden Unternehmen an, dass Investitionen im Ausland zur Sicherung deutscher Arbeitsplätze führen. 87 % der ant-

wortenden Unternehmen verneinten 2013, dass durch ihre Direktinvestitionen Arbeitsplätze abgebaut werden. Im Gegenteil meinen drei Viertel der Unternehmen, dass ohne ihre Auslandsinvestitionen deutsche Arbeitsplätze mittel- bis langfristig gefährdet wären. Bei der Mehrheit der antwortenden Unternehmen führte eine Direktinvestition im Ausland zur Schaffung und Sicherung von bis zu 200 Arbeitsplätzen am deutschen Standort.

Erstmals wurden die Garantiennehmer zu ihrer **ZUFRIEDENHEIT** mit dem **FÖRDERINSTRUMENT** und der Betreuung durch PwC befragt. 98 % der antwortenden Unternehmen sind mit der Betreuung durch PwC zufrieden. Auch die Weiterempfehlungsrate war positiv: 79 % der antwortenden Investoren würden das Förderinstrument ihren Kollegen und Geschäftspartnern wahrscheinlich weiterempfehlen. Auf die Frage, wie wahrscheinlich eine erneute Nutzung der Investitionsgarantien in der Zukunft unter gleichbleibenden Bedingungen sei, gaben acht von zehn Unternehmen an, das Förderinstrument wahrscheinlich wieder zu nutzen.

BASF baut chinesischen Standort aus

Die BASF SE hat im Januar 2012 die erste Ausbaustufe ihres in Nanjing gelegenen, größten Standorts in China abgeschlossen. In diese zweite Phase haben BASF und der chinesische Partner SINOPEC weitere 1,4 Milliarden US-Dollar investiert. An dem Standort wird eine breite Palette an Chemikalien für den chinesischen Markt hergestellt, die vor allem in der Bau-, Elektronik-, Pharma-, Automobil- und Chemiebranche verwendet werden.

Bereits im Jahr 2000 gründeten BASF und SINOPEC die BASF-YPC Company Ltd., die den Verbundstandort in Nanjing führt, an dem verschiedene Produktionsbereiche vernetzt betrieben werden. Der Standort ist ein wesentlicher Baustein für die

Umsetzung der Asien-Pazifik-Strategie der BASF. Bis zum Jahr 2020 sollen 75% der vor Ort vertriebenen Produkte in der Region erzeugt werden.

Anlagen, Logistik und Infrastruktur werden von beiden Partnern gemeinsam genutzt, Energie und Abfallströme gebündelt. Das Motiv für die Erweiterung des Verbundstandorts war der Ausbau bereits bestehender Anlagen sowie der Bau von neuen Anlagen zur Herstellung höherveredelter Spezialchemikalien. Durch die Steigerung der Jahreskapazitäten sollen die steigende Nachfrage Chinas nach diesen Chemieprodukten aus dem Land selbst gedeckt



sowie Lieferzeiten und Lieferzuverlässigkeit weiter verbessert werden. Es werden modernste Produktionstechnologien eingesetzt, die ressourcensparend sind und Emissionen reduzieren. Aufgrund der Standortgröße und der vernetzten Produktion können die Effizienz gesteigert und Kostenvorteile erzielt werden.

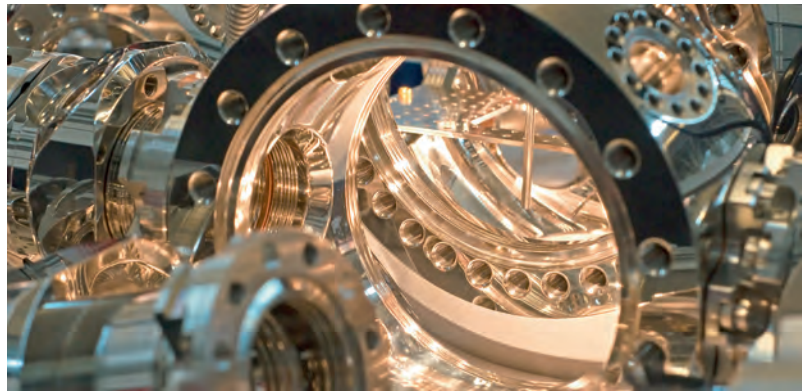
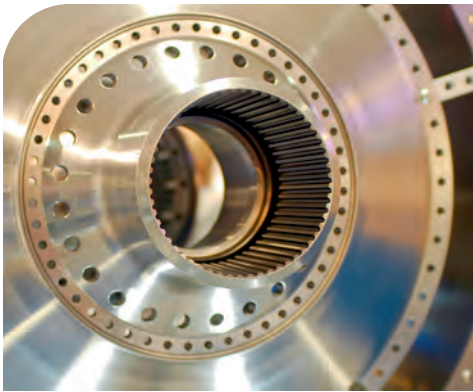
Der wirtschaftliche Erfolg des Gemeinschaftsunternehmens der BASF und der SINOPEC zeigt, dass die enge Zusammenarbeit Vorteile für beide Partner bringt. Die jetzt abgeschlossene Erweiterungsinvestition ist ein weiterer Meilenstein für die Entwicklung des chinesischen Standorts. Gegenwärtig planen die Partner den

weiteren Ausbau des Standorts. Damit unterstreicht BASF ihr langfristiges Engagement in China und festigt ihre Position in diesem wichtigen Wachstumsmarkt. Für die Beteiligung der BASF SE an der ersten Ausbaustufe des Gemeinschaftsunternehmens wurden Investitionsgarantien beantragt und übernommen.

*BASF SE,
Ludwigshafen*



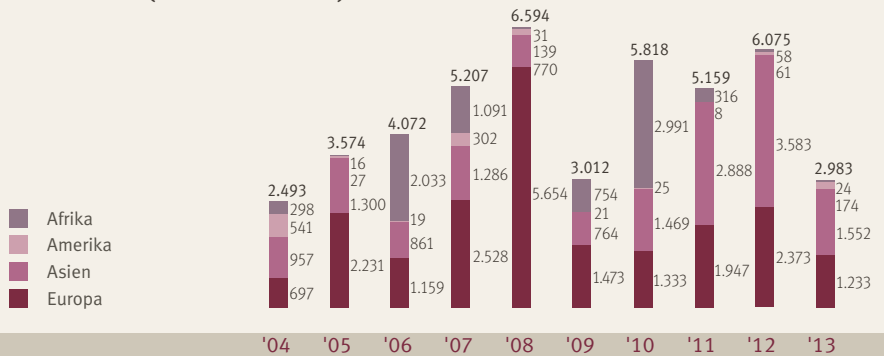
TRENDS BEI DEN INVESTITIONSGARANTIEN



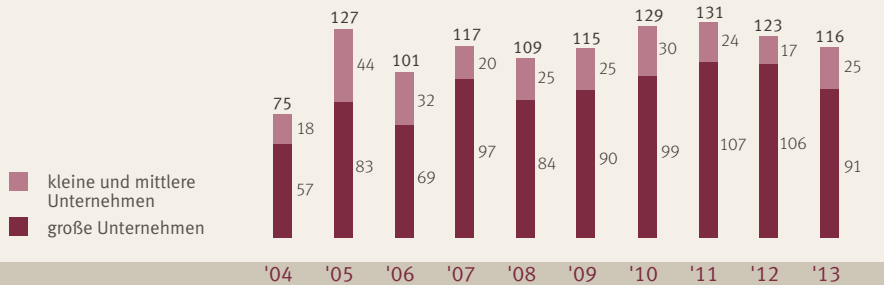
Zusammengefasst ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Seit 2011 ist **ASIEN** – und nicht mehr Europa – der **REGIONALE SCHWERPUNKT** der Investitionsgarantien. Auch im Jahr 2013 wurden mehr als die Hälfte aller Garantien für Projekte in Asien übernommen. Während die Nachfrage nach Absicherungen für China und Indien ungebrochen hoch ist, lässt sich feststellen, dass neben dem seit einigen Jahren bestehenden Interesse an Zentralasien auch die Arabische Halbinsel immer mehr an Bedeutung gewinnt. Dies geht einher mit den verstärkten Bemühungen der dort ansässigen Länder, ausländische Investoren für eine vielfältigere als die heutige, auf Öl- und Gasprojekte fokussierte, Industriestruktur zu gewinnen. Doch auch für Projekte in **OSTEUROPA** werden Investitionsgarantien in hohem Maß nachgefragt, wobei aufgrund der Zielrichtung des Instruments Investitionen in Russland, in der Ukraine und in Belarus im

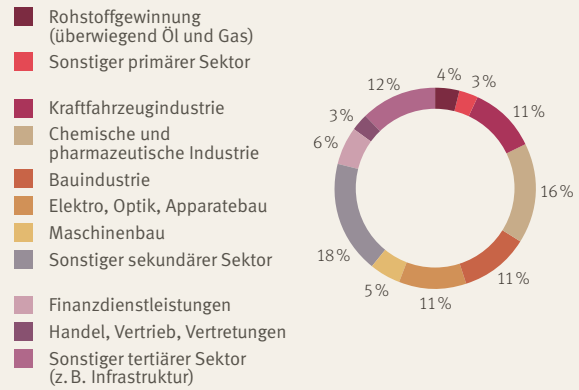
**ÜBERNOMMENES GARANTIEVOLUMEN NACH KONTINENTEN
IN MIO. EUR (HÖCHSTBETRÄGE)**



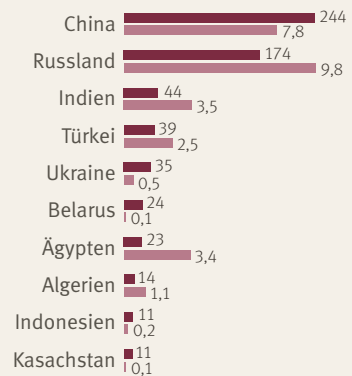
**ANZAHL DER ÜBERNOMMENEN GARANTIEEN
NACH GRÖSSENORDNUNG DER UNTERNEHMEN**



ANZAHL DER GARANTIE IM GARANTIEBESTAND NACH BRANCHEN UND SEKTOREN ENDE 2013 IN %



TOP 10-LÄNDER GEMÄSS GARANTIEBESTAND NACH ANZAHL DER GARANTIE ENDE 2013



■ Stückzahl Summe: 619 Stück (77,1 %)
 ■ Volumen in Mrd. EUR Summe: 29,0 Mrd. EUR (86,8 %)

Gesamt: 803 Stück (100 %) 33,4 Mrd. EUR (100 %)

Fokus stehen. Für Vorhaben in **AFRIKA** wurden im letzten Jahr nur wenige Garantien übernommen. Der Schwerpunkt der Absicherung liegt hier immer noch bei den großvolumigen Öl- und Gasprojekten in Nordafrika sowie in der verarbeitenden Industrie in Südafrika. Dennoch ist gerade für Afrika ein wachsendes Interesse an Projekten aus dem Bereich der erneuerbaren Energien zu verzeichnen. Dies betrifft sowohl Windkraft- als auch Photovoltaikprojekte. Darüber hinaus gehen auch verstärkt Anfragen zu land- und forstwirtschaftlichen Vorhaben in Subsahara-Afrika ein. Nachdem jahrelang nur wenige Anträge für Projekte in **MITTEL- UND SÜDAMERIKA** gestellt wurden, scheint sich hier langsam eine Trendwende zu vollziehen. Neben Mexiko ist hier vor allem Brasilien Schwerpunkt des Interesses. Aber auch Vorhaben in Chile und Uruguay scheinen für eine Absicherung wieder interessant zu sein. Insgesamt betrachtet folgen die Investitionsgarantien dem Trend der Investitionsströme und erfüllen damit erfolgreich ihre Begleitfunktion bei der Erschließung neuer Märkte für die deutsche Industrie.

- ▶ Die **TOP 10-LÄNDER** im Garantiebestand – nach Anzahl der Garantien sortiert – haben sich in ihrer Zusammensetzung nicht geändert. China liegt immer noch an erster Stelle vor Russland. Die Ukraine und die Türkei haben die Plätze vier und fünf und Algerien und Indonesien die Plätze acht und neun getauscht.
- ▶ Jede fünfte Garantie im Bestand betrifft Vorhaben von **KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN**. Die Quote bei den Neuübernahmen im Berichtsjahr ist mit knapp einem Viertel leicht über diesem Wert und entspricht damit im Ansatz dem Internationalisierungsgrad des deutschen Mittelstands, der durch das IfM vor Kurzem festgestellt wurde. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Trend in den kommenden Jahren bei den neuen Garantieübernahmen festigt und wieder Werte wie vor der Finanz- und Wirtschaftskrise von durchschnittlich über 30% erzielt werden. Letztlich haben viele kleine und mittlere Unternehmen nach wie vor große Schwierigkeiten, für ihre Auslandsinvestitionen in weiter entfernten Ländern geeignete Finanzierungen zu erhalten.
- ▶ Investitionsgarantien werden überwiegend für **BE-TEILIGUNGEN** übernommen. Sowohl bei der Anzahl (77,6%) als auch beim Volumen (62,2%) im valutierenden Garantiebestand liegen die „Beteiligungen“ weiterhin eindeutig an erster Stelle. Auch im Jahr

ÜBERNOMMENE GARANTIE UND ANTRAGSVOLUMEN BISHER BETRÄGE IN MIO. EUR

Für Kapitalanlagen (und deren Erträge) in den folgenden Ländern und Gebieten sind in der Zeit von 1959 bis 2013 Garantien übernommen bzw. Anträge registriert worden:

	Übernommene Garantien				Antragsvolumen			
	Anzahl	in%	Volumen	in%	Anzahl	in%	Volumen	in%
Afrika	993	19,3	11.674,2	15,5	1.639	19,1	22.397,6	18,2
u. a.								
Ägypten	83		5.652,4		124		7.750,9	
Libyen	35		2.729,8		72		8.901,3	
Algerien	14		1.138,2		64		1.675,6	
Südafrika	29		1.018,5		64		1.420,7	
Marokko	49		351,1		86		537,0	
Süd- und Mittelamerika	1.039	20,2	6.834,0	9,1	1.617	18,8	14.235,0	11,6
u. a.								
Brasilien	529		3.731,9		696		5.836,0	
Argentinien	96		903,2		177		2.242,1	
Mexiko	47		765,7		103		3.303,5	
Venezuela	21		573,1		40		642,0	
Trinidad und Tobago	6		268,0		10		400,9	
Asien	1.473	28,7	24.675,0	32,7	2.404	28,0	34.280,9	27,9
u. a.								
China	549		12.320,3		817		15.675,1	
Indien	151		4.433,6		216		4.961,5	
Indonesien	100		2.224,1		154		2.767,5	
Philippinen	43		1.563,0		84		2.349,8	
Kasachstan	27		627,6		47		953,6	
Europa	1.636	31,8	32.219,8	42,7	2.926	34,1	52.073,3	42,3
u. a.								
Russland	416		16.761,9		692		26.555,2	
Türkei	186		6.673,2		264		9.439,2	
Kroatien	24		2.517,8		43		3.512,8	
Tschechische Republik	140		1.549,5		225		2.060,2	
Ungarn	98		992,9		187		2.366,8	
Weltweit	5.141	100,0	75.403,0	100,0	8.586	100,0	122.986,8	100,0

8.586 Anträge, davon:
5.141 genehmigt
2.989 zurückgezogen/-gestellt
54 abgelehnt

402 = offene Anträge Ende 2013

2013 war hier keine Trendwende zu verzeichnen. An zweiter Stelle befinden sich die „beteiligungsähnlichen Darlehen“ (20,4 % und 21,1 % Anteil an Anzahl und Volumen) vor den „anderen vermögenswerten Rechten“, die jedoch – bedingt durch großvolumige Erdöl- und Erdgasgroßprojekte – lediglich einen hohen Anteil am Volumen (16,7 %) aufweisen. Das einer rechtlich unselbstständigen Niederlassung langfristig zur Verfügung gestellte „Dotationskapital“ wird nur sehr selten nachgefragt.

- ▶ Investitionsgarantien stehen Unternehmen aus allen Sektoren der deutschen Wirtschaft zur Verfügung, und dementsprechend vielfältig ist auch die Nachfrage aus den einzelnen **BRANCHEN**. Der sekundäre Sektor mit den Branchen Kfz, Chemie und Bau sowie Elektro, Optik, Apparatebau dominiert nach wie vor sowohl bei den neuen Garantien (75 %) als auch im Garantiebestand (72,1 %). Diverse Handelsunternehmen sind in einer Phase der Restrukturierung und haben geplante Auslandsinvestitionen in den letzten zwei Jahren nicht so umsetzen können wie ursprünglich angedacht. Dies schlägt sich auch in einem Rückgang der aktuellen Nachfrage dieser Branche bei den Investitionsgarantien nieder. Da viele Unternehmen bei ihren Auslandsinvestitionen aber das Förderinstrument in der jüngeren Vergangenheit intensiv genutzt haben, ist zu erwarten, dass dieser Trend nicht von Dauer sein wird. Obwohl Dienstleistungs- und Finanzierungsprojekte nach wie vor nachgefragt

werden, führte der deutliche Rückgang beim Handel zu einer in den letzten Jahren sinkenden Quote des tertiären Sektors im Garantiebestand auf zuletzt nur noch 21,1 %. Für die Zukunft ist vor allem eine noch verstärkte Nachfrage nach Absicherung für Erneuerbare-Energien-Projekte zu erwarten. Darüber hinaus ist auch weiterhin mit einem großen Interesse der deutschen Öl- und Gasindustrie zu rechnen.

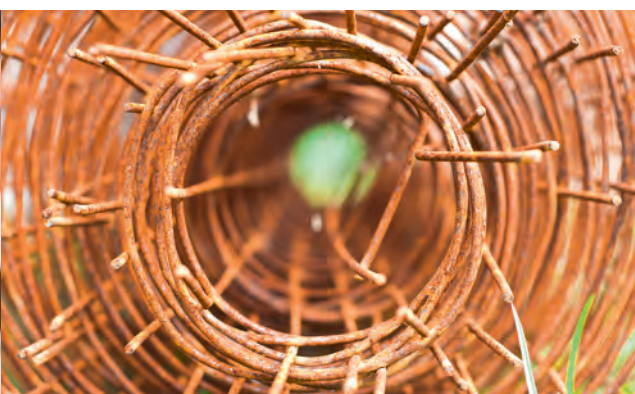
- ▶ Von den seit 1959 gestellten Anträgen hat der IMA bisher rund 60 % genehmigt; weitere 35 % der Anträge wurden zurückgezogen bzw. zurückgestellt. Neben wenigen abgelehnten Anträgen verbleiben Ende 2013 damit circa 5 % an **OFFENEN ANTRÄGEN** mit einem Volumen von 7,5 Milliarden Euro. Sie betreffen überwiegend Projekte in Libyen (1,5 Milliarden Euro), Russland (1,3 Milliarden Euro) und China (0,7 Milliarden Euro).



GARANTIEBESTAND

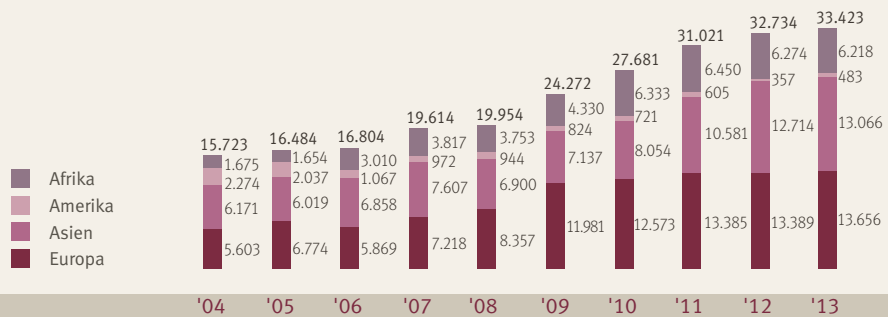
DIE HÖCHSTHAFTUNG DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND AUS DEM VALUTIERENDEN GARANTIE-
BESTAND STIEG ENDE 2013 AUF DEN NEUEN HÖCHSTSTAND

VON 33,4 MILLIARDEN EURO.
AUFGRUND DER SEIT JAHREN
KONSTANT HOHEN NACHFRAGE
WURDE FÜR DAS JAHR 2014
EINE ERNEUTE ERHÖHUNG
DES ERMÄCHTIGUNGS-
RAHMENS IM HAUSHALTS-
GESETZ AUF 65 MILLIARDEN
EURO BESCHLOSSEN. DIE



HAFTUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND VERTEILTE
SICH AUF PROJEKTE IN 63 LÄNDERN. BEIM GARANTIE-
BESTAND LAG OSTEUROPA NOCH KNAPP VOR ASIEN.
PROJEKTE IN DEN FÜNF LÄNDERN RUSSLAND, CHINA, INDIEN,
ÄGYPTEN UND DER TÜRKEI STELLEN ZUSAMMEN 81%
DES GESAMTOBLIGOS DAR. DIE INVESTITIONSGARANTIEN
TRUGEN SICH AUCH IM JAHR 2013 AUS GEBÜHREN- UND
ENTGELTEINNAHMEN SELBST.

HÖCHSTHAFTUNG (OBLIGO) AUS DEM VALUTIERENDEN GARANTIEBESTAND 10-JAHRESÜBERSICHT REGIONAL IN MIO. EUR



LÄNDERAUFSTELLUNG GARANTIEBESTAND 2013

Für Kapitalanlagen (und deren Erträge) in den folgenden Ländern bestanden Ende 2013 Garantien:

Ägypten	Indien	Montenegro	Tadschikistan
Albanien	Indonesien	Namibia	Taiwan
Algerien	Iran	Nicaragua	Thailand
Angola	Israel	Nigeria	Tschechische Rep.
Argentinien	Jordanien	Oman	Tunesien
Aserbajdschan	Kasachstan	Pakistan	Türkei
Äthiopien	Kenia	Panama	Ukraine
Bangladesch	Kolumbien	Peru	Ungarn
Belarus	Kroatien	Philippinen	Usbekistan
Bosnien u. Herzegowina	Lettland	Ruanda	Venezuela
Brasilien	Libanon	Rumänien	Verein. Arab. Emirate
Bulgarien	Libyen	Russland	Vietnam
China	Malaysia	Saudi-Arabien	
Ecuador	Marokko	Serbien	
Georgien	Mexiko	Sierra Leone	
Ghana	Moldau (Republik)	Sri Lanka	
Hongkong	Mongolei	Südafrika	

HAUSHALTSRECHTLICHE ERMÄCHTIGUNG UND STAND DER HÖCHSTHAFTUNG (OBLIGO)

Für die Übernahme von Investitionsgarantien sowie weiterer Gewährleistungen im Zusammenhang mit Ungebundenen Finanzkrediten (UFK) und Krediten der Europäischen Investitionsbank ist im jährlichen Haushaltsgesetz ein Ermächtigungsrahmen festgesetzt (§ 3 Abs. 1, Satz 1 Ziff. 2 Buchst. a-c). Dieser betrug im Jahr 2013 60 Milliarden Euro. Bei Garantien mit einem Obligo von mehr als einer Milliarde Euro ist der Haushaltsausschuss des Bundestags vor Garantieübernahme hierüber in Kenntnis zu setzen.

Die Höchsthaftung der Bundesrepublik Deutschland aus den in 2013 wirksam gewordenen Garantien belief sich auf 2,8 Milliarden Euro. Sie entfiel im Wesentlichen auf Russland, China und Saudi-Arabien. Zudem erhöhte sich der valutierende Garantiebestand im Berichtsjahr noch durch bereits im Jahr 2012 positiv entschiedene Anträge mit einer Höchsthaftung von circa 1,1 Milliarden Euro, bei denen die Garantien erst im Jahr 2013 Obligo erhöhend zugestellt werden konnten. Der valutierende Garantiebestand reduzierte sich zeitgleich um 3,2 Milliarden Euro, im Wesentlichen verursacht durch Ablauf von Garantien, Darlehenstilgungen und Beteiligungsveräußerungen sowie Kündigungen. Insgesamt betrachtet stieg damit die Höchsthaftung aus dem valutierenden Garantiebestand Ende 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Milliarden Euro auf 33,4 Milliarden Euro und damit auf den höchsten Wert in der Historie der Garantien. Die Anzahl der Garantien im Bestand

(803) ist im Vergleich zum Vorjahr (808) nur leicht zurückgegangen. Der Garantiebestand umfasste 63 Länder und entfiel zu 41% überwiegend auf Europa, zu 39% auf Asien, mit 19% auf Afrika und mit 1% auf Mittel- und Südamerika. Die Länder mit dem höchsten Obligo waren Russland (9,8 Milliarden Euro) vor China (7,8 Milliarden Euro), Indien (3,5 Milliarden Euro), Ägypten (3,4 Milliarden Euro) und der Türkei (2,5 Milliarden Euro), die zusammen rund 81% des Gesamtobligos auf sich vereinen.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN AUF DEN BUNDESHAUSHALT

Die Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit den Investitionsgarantien konnten aus Gebühren- und Entgelteinnahmen sowie Rückflüssen aufgrund von Regressansprüchen gegen Anlageländer bisher alle erfüllt werden. Dies gilt auch bei einer Einzelbetrachtung für das Jahr 2013. Die Investitionsgarantien **TRAGEN SICH SELBST**.

DEFINITIONEN UND ERLÄUTERUNGEN

AGA:

AuslandsGeschäftsAbsicherung der Bundesrepublik Deutschland (Investitions-, Exportkredit- und UFK-Garantien)

Andere vermögenswerte Rechte:

Rechtspositionen zur langfristigen, unternehmerischen Tätigkeit gegen Geld oder geldwerte Leistungen (z. B. Bezugsrechte auf Öl)

BRICS-Staaten:

Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika

Darlehen, beteiligungsähnliches:

langfristiges, projektgerechtes Darlehen mit angemessener Vertragsgestaltung

Deutscher Nachhaltigkeitskodex (DNK):

Kodex des Rats für Nachhaltige Entwicklung, mit dessen Hilfe Unternehmen darlegen können, inwieweit sie die im DNK niedergelegten Kriterien nachhaltigen Wirtschaftens erfüllen (www.nachhaltigkeitsrat.de)

Direktinvestitionen:

Kapitalanlagen mit unternehmerischem Einfluss und Kontrolle auf die Geschäftstätigkeit

Dotationskapital:

Kapital, Güter oder sonstige Leistungen, die einer rechtlich unselbstständigen Niederlassung langfristig zur Verfügung gestellt werden

Environmental, Health and Safety (EHS) Guidelines:

enthalten sektorenspezifische technische Grenzwerte der Weltbankgruppe für Umweltauswirkungen von Projekten (www.ifc.org)

Ermächtigungsrahmen:

Höchstbetrag, bis zu dem im Bundeshaushalt eine Haftungsübernahme zulässig ist

Ertragsdeckung:

umfasst fällige Erträge (z. B. Dividenden, Zinsen) auf garantierte Kapitalanlagen

Garantie:

Zusicherung der Bundesrepublik Deutschland zur Entschädigungszahlung für den durch Realisierung politischer Risiken entstandenen Verlust einer Kapitalanlage

Höchstbetrag:

Summe aus Kapital- und Ertragsdeckung

Höchsthaftung:

Summe aus Kapital- und Ertragsdeckung abzüglich Selbstbeteiligung

IFC Performance Standards:

Grundsätze der zur Weltbankgruppe gehörenden International Finance Corporation im Hinblick auf die Identifizierung und den Umgang mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen bei Auslandsprojekten (www.ifc.org)

IXPOS:

Internetportal des BMWi als Wegweiser der deutschen Außenwirtschaftsförderung (www.ixpos.de)

Kapitaldeckung:

umfasst die auf die Kapitalanlage erbrachten Leistungen (z. B. Stammkapitaleinlagen); garantiefähig ist grundsätzlich der nach in Deutschland anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen aktivierte Wert

Kleine und mittlere Unternehmen:

Unternehmen mit maximal 2.000 Arbeitskräften oder Umsätzen bis 500 Millionen Euro und dabei nicht zu größerer Unternehmensgruppe gehörend

KT-/ZM-Risiko:

Risiken aus der Unmöglichkeit der Konvertierung oder des Transfers von Beträgen, die bei einer zahlungsfähigen Bank eingezahlt wurden sowie Zahlungsverbote oder Moratorien

OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen:

gemeinsame Empfehlungen der OECD-Mitgliedsstaaten sowie weiterer Teilnehmerländer für ein verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten bei Auslandsinvestitionen (www.bmw.de)

Teilbetriebsdeckung:

Bei Projekten mit zahlreichen Betriebsstätten (= Teilbetrieben) ist eine Erweiterung des Garantieschutzes auf jeden Teilbetrieb möglich, sofern gesonderte Jahresabschlüsse je Teilbetrieb existieren.

Terrorakte, isolierte:

Terrorakte, die nicht im Zusammenhang mit Aufruhr stehen (= isoliert), können abgesichert werden, sofern eine Garantie hierfür privatwirtschaftlich nicht erreichbar ist und es die Risikolage im Anlageland erlaubt. Dieser Garantieschutz ist zunächst auf fünf Jahre befristet und mit einer Entgelterhöhung auf 0,6 % p. a. verbunden.

Übernommene Garantien:

positiv entschiedene Garantieanträge, soweit Garantieerklärungen ausgefertigt wurden

UFK-Garantien:

Gewährleistungen für nicht an deutsche Lieferungen und Leistungen (= ungebundene) Finanzkredite an Projekte, die zumeist der Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung dienen

Valutierender Garantiebestand:

Garantien, aus denen die Bundesrepublik Deutschland noch in Anspruch genommen werden kann

Zusagendeckung:

auf besonderen Antrag gebotener Schutz vor dem Risiko des Bruchs von Zusagen staatlicher oder staatlich gelenkter Stellen



ANMERKUNGEN

Rundungsdifferenzen:

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und Abbildungen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

Rechtlicher Hinweis:

Die in dieser Publikation enthaltenen Projektbeispiele wurden von den jeweiligen Unternehmen bzw. Institutionen erstellt bzw. inhaltlich freigegeben.

BILDNACHWEISE

	Titel	Nostalóie, Dreamstime
	4	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
6,8,42,43	BASF SE, Ludwigshafen	
6, 22	Oleg Znamenskiy, Dreamstime	
6, 14,15,28	Alfred Ritter GmbH & Co. KG, Waldenbuch	
7, 34	Photographerlondon, Dreamstime	
7, 50	Dvkorn, Dreamstime	
8	Alexandr Malyshev, Dreamstime	
9	Verabutr Piriyanontana, Dreamstime	
10	Se7enimage, Dreamstime	
18,19	Berner Union, London	
20	Jake Wyman, Getty Images	
22, 23	Typhoonski, Dreamstime (3x)	
25	Robert Paul Van Beets, Dreamstime	
27	Nah- und Mittelost-Verein e.V., Berlin	
28	Patricia Hofmeester, Dreamstime	
28/29	Molimar, Dreamstime	
29	Andres Rodriguez, Dreamstime	
31	Rainer Wietstock, Tostedt	
32	Dmitry Kalinovskiy, Dreamstime	
32	Dusan Kostic, Dreamstime	
34	Alexandr Galimov, Dreamstime	
35	Monkey Business Images, Dreamstime	
44	Steve Mann, Dreamstime	
44	Ken Cole, Dreamstime	
50	Milkovasa, Dreamstime	
50	Lightkeeper, Dreamstime	
51	Parawat Isarangura Na Ayudhaya, Dreamstime	

Die Federführung für die Übernahme der Investitions-
garantien der Bundesrepublik Deutschland liegt beim
BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat V C 3
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin
www.bmwi.de

Die Bundesregierung hat die Geschäftsführung für die
Investitions Garantien einem Konsortium übertragen,
das aus der **PRICEWATERHOUSECOOPERS AKTIENGE-
SELLSCHAFT WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT**,
Frankfurt am Main, Niederlassung Hamburg, (PwC) und
der **EULER HERMES AKTIENGESELLSCHAFT**, Hamburg,
(Euler Hermes) besteht. Unterlagen mit näheren Infor-
mationen sowie ausführliche Beratung über die Absi-
cherungsmöglichkeiten erhalten Sie durch PwC. Auch im
Internet können Sie grundlegende Informationen über
die Investitions Garantien der Bundesrepublik Deutsch-

land abrufen, z. B. die aktuellen Informationen aus dem
AGA-Report, die Allgemeinen Bedingungen und Merk-
blätter, einen Flyer sowie den Jahresbericht in deutscher
und englischer Sprache.

Für die Fragen der mittelständischen Unternehmen wur-
de eine spezielle Ansprechstelle eingerichtet. Die aktu-
ellen Kontaktdaten entnehmen Sie bitte dem Internet
(www.agaportal.de).

Redaktionsschluss: Februar 2014
Erscheinungsdatum: April 2014